

Protocoll

über den

3. Congreß der social-demokratischen Arbeiter-Partei,

abgehalten

zu

M a i n z

am 7., 8., 9., 10. und 11. September 1872.

Vorversammlung des Partei-Congresses am 7. September, Abends 7 Uhr.

Jordt aus Hamburg bez. Secretär der Partei, eröffnet die Verhandlungen mit einer kurzen Begrüßung der anwesenden Delegirten, nach welcher zur Wahl des Bureau vorgeschritten wird.

Als erster Vorsitzender wird

Motteler aus Grimnitzschau gewählt, welcher die Wahl dankend annimmt, und hierauf zur Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden vorgeschritten, als deren erster

Wahlteich und als zweiter

Burkhardt aus Leipzig erwählt wird.

Uebergehend zur Wahl der Schriftführer entspann sich zunächst eine längere Debatte zwischen Jordt, Scheu, Burkhardt und einigen Andern über die Frage, ob zwei oder vier Schriftführer gewählt werden sollten, bis man sich für letztere Zahl entschied.

Die Wahl fiel auf:

- 1) Dr. Bedenbahl aus Fürth;
- 2) Redacteur Memminger aus Nürnberg;
- 3) August Hempel aus Dresden und
- 4) Kleist aus Cöln.

Nach erfolgter Constituirung des Bureau's bemerkt Jordt, daß es noch darauf ankomme, zu bestimmen, wer das Protocoll ausarbeiten solle, ob die Schriftführer oder ein Stenograph, als welchen er Scheu vorschlage.

Von anderer Seite werden die Delegirten von Nürnberg und Fürth als ebenfalls der Stenographie kundig empfohlen, außerdem wird aber auch wieder beantragt, die Ausarbeitung lediglich den Schriftführern zu überlassen.

Scheu erklärt, daß er zwar bereit gewesen sei, die stenographische Aufnahme zu besorgen für den Fall, daß er Mitglied des Bureau werde, was erst beabsichtigt war, da dies jedoch nicht geschehen, lehne er ab, theils um die Sache nicht zu sehr zu compliciren, und theils auch, weil seine Zeit zu sehr beschränkt sei, und er deshalb den Congress bei einer etwaigen längeren Dauer vor dessen Schluß werde verlassen müssen.

Lischer beantragt, den Parteisecretär mit der Protocollfassung zu beauftragen.

Müller (Weimar) gegen diesen Antrag, weil möglicherweise der zu wählende Secretär gar nicht anwesend sei. Er schlage vor,

Memminger und Beckendahl damit zu beauftragen, weil diese beiden sehr nahe zusammen wohnen, und sich deshalb leicht verständigen können.

Walz betont, daß es sich empfehle, wenn bei jedem Parteicongress ein Stenograph die Aufnahme besorge und die Schriftführer dagegen die Redaction übernehmen.

Memminger ersucht die Parteigenossen, recht laut, deutlich und langsam zu sprechen, weil es sonst nicht möglich sei, die Redner zu verstehen.

Kleist (Ebn) verwendet sich für Beauftragung eines Revisors zur Herstellung des Protocolls, weil es den einzelnen Schriftführern unmöglich sei, alles aufzufassen.

Jordt theilt mit, daß man beabsichtigt habe, Stenographen einzustellen, daß aber verschiedene Parteigenossen sich dagegen ausgesprochen und auch bereits die Erfahrung gelehrt habe, daß die stenographischen Niederschriften doch erst nach den Protocollen der Schriftführer haben umgeschrieben werden müssen.

Memminger hebt hervor, daß Leute gewählt worden seien, welche ein Protocoll zu redigiren im Stande sind. Zwei von ihnen könnten stenographiren, und da er in nächster Zeit in das Gefängniß wandern müsse, erhalte er Zeit, das Protocoll auszuarbeiten, was ihm in Bayern unverwehrt sei, er verwende sich deshalb für die Erledigung der Sache.

Walz stimmt im Allgemeinen dem bei, und wird nun nach einigen noch vorhergegangenen unbedeutenden Bemerkungen von Meyner Uebergang zur Tagesordnung beantragt und genehmigt.

Es wird nunmehr zur Wahl der Mandat-Prüfungs-Commission vorgeschritten, und von den hierzu vorgeschlagenen, nachdem Jordt abgelehnt, nachfolgende drei erwählt: Eckstein, Bierfuß und Schimmels.

Walz teilt zur Geschäftsordnung rügt die Unstatthaftigkeit einer Debatte innerhalb der Zeit der Abstimmung.

Für die Wahl der Commission zur Feststellung der Resolutionen, die der Volksversammlung vorgelegt werden sollen, werden theils 3, theils auch 5 Mitglieder vorgeschlagen, jedoch wird von

Scheu beantragt, die Feststellung der Resolution dem Bureau zu überlassen, womit man sich einverstanden erklärt.

Jordt empfiehlt, daß morgen die Mainzer Parteigenossen rechtzeitig an Ort und Stelle sein mögen, zur Verfügung für die Anordnungen des Local-Comité's, und um rechtzeitig etwaige Unordnungen verhindern zu können. Weiter wünscht er Verständigung über die zu wählenden Personen für das Bureau der Volksversammlung und bemerkt, daß die Tagesordnung bereits im Volksstaat bekannt gemacht sei, daß sich aber noch Niemand zum Referat gemeldet habe, und deshalb noch die Wahl der Referenten stattfinden müsse.

Jordt's Vorschlag, die Mitglieder des Congress-Bureau's auch als Mitglieder des Bureau's für die Volksversammlung vorzuschlagen, findet Annahme.

Als Referenten werden vorgeschlagen: Most, Scheu und Memminger, letzterer lehnt jedoch ab, während die ersten beiden

wegen Krankheit entschuldigt werden, worauf noch Jordt und Meyner genannt werden.

Jordt erklärt, daß sämtlichen Parteigenossen das Recht zustehe, das Wort zu verlangen, um eine recht allseitige Erörterung zu ermöglichen.

Kleist weist auf die Schwierigkeiten hin, welche es für die Einzelnen bei der kurzen Zeit habe, sich gehörig zum Referat vorzubereiten.

Most, Memminger, Scheu, Meyner und Jordt werden nochmals in Vorschlag gebracht, und schließlich durch allgemeine Zustimmung als Referenten für morgen ernannt, und auf die Tagesordnung „Programm, Organisation und Agitation der socialdemokratischen Arbeiter-Partei“ gesetzt.

Jordt berichtet nunmehr über die Controlcommission. Letztere verlange Reise- und Diätenentschädigung aus der Parteicasse. Er müsse jedoch erst unter Hervorhebung der präjudiciellen Bedenken die Entscheidung über diesen Antrag dem Congress anheimstellen.

Walz spricht gegen die Bewilligung aus der Parteicasse, da man ja am Orte die Betreffenden als Delegirte wählen könne, wie dies seither geschehen sei.

Müller erklärt die Zahlung als eine Pflicht der Partei, da selbstverständlich die betreffenden Controlmitglieder als Parteibehörde anwesend sein müßten.

Geiser bekräftigt Schluß der Debatte.

Albert spricht dagegen.

Scheu fragt zur Geschäftsordnung, ob Schluß der Rede-Liste oder Schluß der Debatte stattfinden soll.

Es wird beantragt und genehmigt, daß bei Anträgen auf Schluß der Debatte allemal ein Redner für, und ein Redner gegen den Schlußantrag sprechen darf.

Eckstein: Es wird so lange unmöglich sein, über die Angelegenheit der Controlcommission etwas zu bestimmen, so lange kein Mitglied derselben hier ist.

Jordt: Das ist selbstverständlich. Die Versammlung ermächtigt den Ausschuß, der Controlcommission das erforderliche Geld zu überweisen, worauf Meyner, Delegirter für Magdeburg, sich als Vertreter der Controlcommission anmeldet.

Tischer erläutert die Schwierigkeiten der Berichterstattung über den Volksstaat.

Scheu beantragt Vertagung der Debatte bis ein Mitglied der Redaction anwesend sein würde. Dieser Antrag wird angenommen.

Ferner wurde auf

Geiser's Antrag beschlossen, über den Volksstaat und das literarische Unternehmen in geschlossener Sitzung zu verhandeln. Nachdem also die Tagesordnung in der Weise festgesetzt worden war, daß die wegen späteren Eintreffens der Referenten nicht in der bestimmten Reihenfolge zur Verhandlung kommenden Punkte der Tagesordnung bis zu deren Eintreffen zurückgesetzt werden sollten, wurde die Sitzung auf Sonntag Vormittags 9 Uhr vertagt.

I. Geschlossene Sitzung.

Sonntag, den 8. September,
Vormittags 9 1/2 Uhr.

Der I. Vorsitzende eröffnet die Sitzung und erteilt Memminger das Wort zur Verlesung des Protocolls der Vorversammlung. Es erfolgt kein Einwand gegen dasselbe. Zunächst werden dann folgende Telegramme verlesen:

Dresden: „Ausdauer und Energie sei die Lösung! Frisch auf zum Gelingen der guten Sache! Hoch die Internationale, Hoch die Socialdemokratie!“

Kaiserslautern: „Herzlichen Gruß von mehreren Mitgliedern des Arbeiterbildungsvereins!“

Schwäbisch-Gmünd: „Die Parteigenossen entsenden herzlichen Brudergruß und wünschen die Vereinigung aller Fractionen der Socialdemokratie.“

Coburg: „Gruß von der Unionsgewerkschaft.“

Eßlingen: „Den Socialdemokraten Deutschlands ein dauerndes Hoch!“

Hartung: Ich bringe Ihnen die herzlichsten Grüße der Mitglieder der Gewerkschaften in Zürich und der Schweiz. Es ist der lebhafteste Wunsch derselben, daß die social-demokratischen Principien mehr und mehr an Boden gewinnen. Es genügt aber nicht, daß wir für diese Principien bloß begeistert sind, wir müssen, wenn wir ganze Socialisten sein wollen, ganz besonders agitatorisch wirken; wir müssen Gewerkschaften organisiren und diese zu Instituten gestalten, in denen die Interessen der Arbeiter concentrirt sind. Der Arbeiter muß zunächst an sein nächstliegendes Interesse gekettet werden. Dies geschieht durch Gründung von Cassen, welche den Zweck haben, für den Fall der Krankheit, der Invalidität und des Todes dem Arbeiter, respective dessen Angehörigen, Subsistenzmittel zu beschaffen. Außer der Gründung dieser Cassen ist in zweiter Linie auf die Einführung von Strikes- und Genossenschaftscassen Bedacht zu nehmen. Wir in Zürich haben auf diese Weise in kurzer Zeit Resultate erzielt, mit denen wir sehr zufrieden sein können. — Die Züricher fügen zu den Grüßen, die ich Ihnen hiermit entbiete, den Wunsch, Sie möchten ihrem Vorgehen in Bezug auf gewerkschaftliche Agitation und Organisation folgen.

Der Vorsitzende dankt im Namen der Versammlung und ersucht Hartung, den Gruß dieser an die Züricher zu überbringen. — Zur Geschäftsordnung beantragt er sodann, die Redezeit für jeden Redner, die Referenten ausgenommen, auf 5 Minuten festzustellen. Der Antrag wird angenommen.

Die Verlesung der Präsenzliste ergibt, daß 51 Delegirte, die mit 74 Mandaten versehen, anwesend sind.

Vors. Motzler ermahnt nochmals, die Verhandlungen in maßvoller Weise zu führen, persönliche Meinungsverschiedenheiten der allgemeinen Pflicht nicht voranzustellen, mit Ruhe die extravaganteren Ansichten zu vernehmen und zu beurtheilen, mit Ruhe die internationalen Interessen zu fördern und zu bedenken, daß die Arbeiter ihre Männer gesandt haben und nur senden konnten, nicht

wie sie sein sollten, sondern wie sie sind, und tritt den Vorsitz an Wahlteich ab.

Vors.: Ich beantrage, daß der Bericht des Ausschusses und der Controlcommission, sowie der Bericht über das Parteiorgan solange vertagt werde, bis die gedruckten Ausschußberichte von Braunschweig, Parteigenosse Wille, Mitglied der Controlcommission und Redacteur Hefner vom Haag eingetroffen sind. Angenommen.

Vorsitzender: Nun steht zunächst der Bericht der Mandatsprüfungskommission auf der Tagesordnung. Ich erteile Bürger Zierfass als Referenten das Wort.

Zierfass: Nach dem Gutachten der Commission ist nur Ein Mandat beantragt, das der Section II Mainz. Die Commission ging dabei von der Ansicht aus, daß es an jedem Orte nur Eine Mitgliedschaft geben kann und darf, daß eine II. Section statutenwidrig ist und demnach auch nicht das Recht hat, sich durch einen Delegirten vertreten zu lassen.

Schen: Ich beantrage, die Prüfung dieser Angelegenheit einem Schiedsgerichte von 5 Personen zu übergeben.

Der Antrag wird angenommen und als Mitglieder des Schiedsgerichtes gewählt: Heinrichs, Most, Memminger, Metzner, Geiser.

Vorsitzender: Es entsteht die subsidiäre Frage: Ist der Vertreter der Section II überhaupt zum Congresse zulässig?

Albert: Nach meiner Ansicht soll der Vertreter der Section II bis zur Entscheidung des Schiedsgerichtes hier Sitz und Stimme haben; ich beantrage, daß dies geschehe.

Der Antrag wird angenommen und die Sitzung nach dem Vorschlage Metzner's geschlossen.

Volkversammlung.

Sonntag, den 8. September, Nachmittags 3 Uhr.
(Der Saal ist vollständig besetzt.)

Zierfass eröffnet die Versammlung: Bürger! Man sagt oft, die social-demokratische Bewegung sei eine künstlich gemachte. Sie haben heute Gelegenheit, Männer aus allen Gauen Deutschlands zu sehen und zu hören, die in dieser Bewegung hervorragend beteiligt sind. Hören Sie dieselben und dann entscheiden Sie, ob Sie unserer Partei beitreten wollen. Ich ersuche Sie, Vorschläge zur Wahl des Bureau's zu machen und erlaube mir, die Bürger Motzler und Wahlteich zu Vorsitzenden, Bedendahl und Memminger zu Schriftführern, vorzuschlagen.

Es erfolgt Zustimmung von allen Seiten.

Motzler: Bürger! Ich danke Ihnen für Ihr Vertrauen. Sie sehen heute lauter Socialisten vor sich. Man spricht den Lehren derselben jede Berechtigung ab, und doch ist der Socialismus nichts Anderes als ein Product unserer bürgerlichen Gesellschaft. Wir können die geschichtliche Entwicklung, wie sie sich nothwendig machte, nicht läugnen und nicht rückgängig machen, aber wir müssen das Unrecht, das sie mit sich brachte, verurtheilen. Uns gilt die moderne Cultur nicht für heilig. Dem Social-Demokraten gilt

nur das als heilig, was die Lebensbedürfnisse und Lebensberechtigungen der ganzen Menschheit in gleicher Weise fördert. Jedes lebende Wesen soll voll und ganz genießen. Dabei ergehen wir uns aber keineswegs in Utopien, wir suchen Eine Form für Arbeit und Leben mit gleicher Berechtigung für Alle, die arbeiten. Gerade in diesem Verlangen ist der Hauptgrund, weshalb wir so viele und so heftige Gegner haben; um die Privilegien ist ihnen bange, die sie nicht verlieren wollen. Unsere Arbeiten und Bemühungen sind der Drang nach Selbsterhaltung. Unsere Arbeit wird zum Siege führen; die Macht der Natur ist für uns! Schließet Euch Alle an uns an! Wir versprechen Euch keine goldenen Berge, wir fordern vor Allem Manneszucht und Selbstbeherrschung! Das gibt Kraft über Andere! Das gibt die Macht, welche wir einstmals der Macht gegenüber stellen müssen. Bürger! Ihr Verstand muß Sie zu uns führen! (Bravo!) Ich ertheile Bürger Most das Wort zu seinem Vortrage über die Grundsätze der Social-Demokratie.

Most: Mitbürger! Noch nie hat eine Bewegung alle Geister so in Anspruch genommen, wie die social-demokratische. Noch vor Kurzem hatte man für dieselbe Nichts als Nasenrülmpfen, Witz, Hohn und Spott. Heute ist es schon anders. Jedes Zeitungsblatt macht die Social-Demokratie zum Gegenstande seiner täglichen Betrachtungen. Die Kampfmittel sind zum Theil ganz verschieden von früher. Zwar wickelt und spöttelt man noch immer, allein öfters greift man zu andern Waffen: zu Verleumdung, Verdächtigung und Fanatismus. Wäre es mit der Bewegung Nichts, dann würde sie in Ruhe bleiben. So aber setzt man Zähne und Nägel ein, um sie zu hemmen und die arbeitenden Classen zu täuschen, indem man ihnen zu beweisen sucht, daß von uns Unmögliches und Schädliches erstrebt würde.

Unsere Bewegung in Deutschland ist noch jung, bedeutend älter ist sie in Frankreich und England. Die Franzosen erfaßten bei der Lebhaftigkeit ihres Nationalcharakters die Idee von der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit aller Menschen sofort mit Begeisterung, während die Deutschen mit ihrem Phlegma immer so lange warten, bis ihnen das Wasser an den Mund geht. Man sagt: Lassalle sei es gewesen, der die deutschen Arbeiter zuerst aus ihrem Duse! aufgerüttelt habe. Es mag das zu einem großen Theile seine Richtigkeit haben. Aber schon vor Lassalle fühlten Tausende den Hunger, Tausende sahen sich so arm, so hilflos, so elend, Tausende sahen alle Reichthümer in den Händen Weniger beisammen, Tausende erkannten, daß der Lohn immer mehr gedrückt, daß ihre Zukunft immer trauriger werde, daß sie Nichts seien als Lohnclaven; allein sie wußten nicht, was zu machen, wie zu helfen. Allerdings gab es schon vor Lassalle Männer, die ihnen Mittel und Wege zeigten, wie sie sich retten könnten, allein sie predigten tauben Ohren. Die Bourgeoisie bemächtigte sich der Arbeiterbewegung. Sie glaubte dieselbe ganz aufheben zu können durch allerlei Palliativ-mitteln, durch Pflaster, die man auf die wunden Flecken legte, die man aber ganz zu verdecken nicht im Stande war. Die Wunden eiterten desto mehr, fort und fort. Das: "Bildung macht frei! Sparet, Sparet!" ging eine Zeit lang. Die Arbeiter griffen nach

jedem Strohhalm, um sich vor dem gänzlichen Untergange zu retten. Aber sie sahen bald die Unmöglichkeit ein, besonders zu sparen. Es reichte nicht einmal hin für einen Anzug, für Stiefel, für Miethe zu zahlen und den Hunger zu stillen; von Fabriken bauen war bald keine Rede mehr.

Da trat Lassalle auf, schleuberte den zündenden Funken in die Massen hinein, enthüllte die Phrasendreherei der Fortschrittler und machte ihnen klar, daß nur durch die Erringung politischer Macht eine Besserung zu erzielen sei. Die Agitation in diesem Sinne war schwer; Alles war noch in den Händen der Gegner! Zwar gab es auch unter den Arbeitern intelligente Männer, allein die ganze Presse war gegen Lassalle. Und doch drang er durch! Er faßte die aufgeklärteren Elemente im "Allgemeinen deutschen Arbeiterverein" zusammen, aber sein baldiger Tod brachte Verwirrung. Schuld daran war die preussische Regierung, die klug genug war, daß man mit Bojonetten und Kanonen die sociale Bewegung nicht todt machen könne, wie das Beispiel Frankreichs bewiesen hat; man suchte daher Leute zu gewinnen, die das Zeug und den Einfluß besaßen, um die Bewegung irre zu führen, sie gegen die Bourgeoisie zu benützen und später gänzlich zu verbannen. Es fanden sich auch Subjecte, die sich zum Betrug und Verrath an der Arbeitersache hergaben. Doch siehe da! Es gab auch Andere, und diese sagten sich los und gründeten eine neue Partei, die social-demokratische Arbeiterpartei auf dem Congresse zu Eisenach 1869.

Das Programm, welches diese Partei aufgestellt hat, hört man oft als ein unsinniges bezeichnen. Doch wollen wir sehen!

Most verliest das Programm und fährt dann fort:

Der I. und II. Theil unseres Programms enthält unsere allgemeinen Forderungen. Dasselbe zeigt hier, daß die Arbeiter nur dann ihre Lage verbessern werden, wenn die heutigen, auf das Faustrecht gegründeten Staaten in freie Volksstaaten übergehen. Es heißt ferner im Programm: Die Bewegung kann nicht local sein. — Die Arbeiter einer Stadt haben zwar zunächst mit den localen Uebelständen zu kämpfen, allein ihre Lage ist mit geringen Unterschieden überall dieselbe, die gleich schlechte; daher bringt eine locale Aufbesserung keine bedeutende, ausgiebige Verbesserung; die Arbeiter aller Orte müssen sich verbinden, sie müssen nicht nach der Sprache der Nation, der Hautfarbe fragen. Nur eine Verbrüderung der Arbeiter aller Länder bringt eine allgemeine Besserung. Nur mit dem internationalen Gedanken in den Herzen der Arbeiter kann der gemeinsame Feind mit Erfolg bekämpft werden!

Man macht uns gerne den Vorwurf, daß wir den Arbeitern die alleinige Herrschaft im Staate erringen möchten. Das ist vollkommen irrig. Unser Programm spricht es deutlich aus: "Kein Kampf für Classenherrschaft!" Heut zu Tage herrschen noch Junker, Pfaffen und Bourgeois. Diese Herrschaft muß fallen, wir aber wollen an die Stelle der alten keine neue Privilegien setzen; wir wollen die Volksherrschaft durch das gesammte Volk. Allerdings wird diese Herrschaft in gewisser Beziehung auch eine Classenherrschaft sein. Die Arbeiter bilden die Mehrheit des Volkes und diese Mehrheit wird aussprechen, daß Niemand auf Kosten Anderer leben

darf; Jeder soll arbeiten oder nicht genießen; wer nicht arbeitet, soll hungern. Diese Grundsätze, durch die Gesetzgebung verwirklicht, werden die jetzigen Schmarotzer der Gesellschaft vertreiben und unmöglich machen. Das ist ein Hauptpunkt unseres Programms und wenn auch mit ihm die Formulierung der Lösung der socialen Frage noch lange nicht erschöpft ist, so rufe ich Euch dennoch zu: Kämpft, arbeitet, ruhet nicht eher, als bis dieses Princip in die Verfassung aufgenommen, bis es verwirklicht ist!

Eine weitere Forderung der Social-Demokratie ist: Allgemeines, directes und geheimes Wahlrecht. Wer hat ein Recht gehabt, die Arbeiter von dem Wahlrecht auszuschließen? Wer hat sie ausgeschlossen? Die Tyrannen haben es gethan! (Bravo!) Nun, haben wir denn nicht das allgemeine directe Wahlrecht? Nein, wir haben es nicht! Bismarck hat mit dem heutigen Wahlgesetz den deutschen Arbeitern geradezu ins Gesicht geschlagen! (Bravo!) Wozu muß man, um als wahlfähig zu gelten, 25 Jahre alt sein! Zuerst muß der junge Mann so lange in der Kaserne verbleiben, er muß durch Fußtritte und Kolbenschläge solange gedrückt werden, bis er mit dem 25. Jahre seinen Verstand verloren hat. (Dommernder Beifall. Der Polizeicommissär droht die Versammlung aufzulösen, wenn Redner sich nicht mäßige. Geschrei. Der Präsident ersucht um Ruhe und bittet den Redner, um eine Schließung der Versammlung zu vermeiden, seine Worte so einzuführen, daß die Polizei keinen Grund zur geringsten Beunruhigung mehr finde.)

Mosk: Ich bin ganz erstaunt. Ich soll aufregend gesprochen haben?! Ich glaubte, recht mäßig zu sein. Doch ich fahre fort und werde mich bestreben, meine Mäßigkeit noch mehr zu mäßigen. (Große Heiterkeit.)

Das allgemeine directe Wahlrecht ist ohne Diäten illusorisch. Wenn der Arbeiter am Wahltage nicht arbeitet, hat er einen Tag versäumt und am andern vielleicht Nichts zu leben. Und wählen sie wirklich und setzen einen ihrer Leute durch, wovon soll dieser leben? — Bei den Landtagswahlen bestehen Diäten, weil die Vertreter des Junker-, Pfaffen- und Geldprokenthums vermögen sind, bei den Reichstagswahlen gibt es keine, um den beschloßenen Arbeitern, das Recht zu wählen und gewählt zu werden, gänzlich zu verkümmern. Der Wohlhabende braucht Diäten, der Arbeiter nicht!

Bei der Besprechung des Wahlrechtes hört man oft den Einwand: Wer keine Steuer zahlt, soll auch kein Wahlrecht haben. So, — der Arbeiter zahlt keine Steuer?! Ich behaupte, daß er sie alle bezahlt. Die indirecten bringt er vor Allem auf; und die directen? — Wer schafft denn die Werthe, wer macht das Capital nutzbringend? Die Arbeiter. Daher bezahlt nicht der Fabrikant die Steuer, sondern eigentlich der Arbeiter. Und diejenigen, welche beim Steueramt die Quittungen ausgestellt erhalten, sind eigentlich die Steuereinknehmer, nicht die Steuerzahler! (Bravo!)

Eine weitere Forderung der Social-Demokratie ist: Directe Gesetzgebung durch das Volk. Schon recht, werden unsere Gegner sagen, aber das Volk ist noch nicht gebildet genug! Schamlose Heuchelei! Wer hatte das Bildungswesen in Händen? Wer hat es verabsäumt? Ihr, unsere Feinde, ihr habt das Volk absichtlich in der Unbildung erhalten. Ihr sagt: das Pfaffenhum allein sei

Schuld. Doch das zieht nicht mehr. Euer neuestes Verdrummungssystem, indem Ihr den Fortschritt auf religiösem Gebiete prediget, täuscht uns ebenfowenig. Ihr glaubt mit der Vertreibung von 200 Jesuiten eine freisinnige That aufzuweisen. Wir behaupten, daß sie das Gegentheil ist. Das ist keine Freisinnigkeit! (Langanhaltender Beifall. Der Polizeicommissär droht abermals die Versammlung aufzulösen und Meist zur Verantwortung zu ziehen.)

Mosk: Das ist mir sehr gleichgültig. Ich habe schon mehr verantwortet als das, was ich heute gesprochen.

Moteller: Ich bitte die Versammlung, alle Beifalls- und Mißfallsbezeugungen zu unterlassen. Uebrigens glaube ich nicht, daß der Redner zu weit gegangen. Wenn dies der Fall wäre, würde ich den Redner selbst zur Ordnung verwiesen haben.

Mosk: Der Fortschritt spricht immer von Bildung. Der moderne Fortschritt selbst aber ist Nichts als Jesuitismus. Was es mit der vom Fortschritt gepredigten Bildung auf sich hat, ist klar. Was soll denn die Austreibung der Jesuiten? Wenn mit diesen der Jesuitismus ausgetrieben würde, ließe ich mir's am Ende noch gefallen. Allein es fällt uns die Wahl schwer: ob wir den Jesuiten oder den Mucker für den größeren Jesuiten halten sollen. Ist vielleicht durch die Austreibung der Jesuiten eine Aenderung unseres Schulwesens geschehen? Keineswegs! Der preussische Pietismus und Patriotismus wird nach wie vor gepflegt, ja man vermehrt für letzteren die Feiertage, man begeht Sedan- und Metz-Feste. Unser Programm verlangt Trennung der Schule von der Kirche. Haben diese vielleicht die herrschenden Parteien verlangt? Und doch ist keine Hilfe, so lange die Schule von der Kirche abhängt. Wir verlangen allgemeine Freiheit der Bildungsanstalten. Die allgemeine Volksbildung ist aber illusorisch, bis die arbeitenden Classen, das gesammte Volk, das Gesetzgebungsrecht haben, weil die anderen Classen kein Interesse daran haben.

Eine weitere Forderung, die wir stellen, ist die staatliche Förderung des Genossenschaftswesens. Wenn man 100 Millionen für neue Knöpfe, neue Anschläge, neue Zündlöcher, wenn man hunderte und tausende von Millionen auf Kriege verwenden kann, Millionen, die nur wieder durch die arbeitenden Classen aufgebracht werden, dann können auch einmal Millionen statt für dynastische Liebhabereien für nützliche Zwecke verausgabt werden. Dies aber ist nur möglich, wenn wir den heutigen Staat umformen, wenn wir unausgesetzt kämpfen. Jeder Fortschritt im socialen Leben kostete Kampf. Auch die Bourgeois und die privilegierten Classen haben ihre Stellung nicht ohne Kampf errungen. Die arbeitenden Classen werden das Gleiche thun. Bis jetzt hat man sie genarrt, betrogen, aber auch sie werden eines Tages einmüthig sagen: Bis hierher und nicht weiter! Maßregeln, Märgeln, hilft Nichts: Die Bewegung wird siegen! Redner schließt mit einem Citat aus Freiligrath. (Nicht enden wollender Beifall.)

Memminger: Collegen! Soeben hat ein Vertreter von Arbeitern aus Mitteldeutschland, nach mir wird ein solcher aus Norddeutschland sprechen. Wenn ich als Delegirter eines Ortes (Regensburg), das den vorgeschobenen Posten der Social-Demokratie in Süddeutschland darstellt, das Wort ergreife, so wird es nach

dem ausführlichen Referat meines Freundes Most nicht übel angebracht sein, wenn ich über den Stand unserer Bewegung im Süden einige Ausführungen gebe und wenn ich mich hierbei so kurz als möglich fasse.

Daß die Social-Demokratie seit kurzer Zeit bei uns in Süddeutschland an Boden gewinnt, das beweist Ihnen die große Zahl der hier anwesenden süddeutschen Vertreter, in welcher sie noch auf keinem Congresse anwesend waren. Die Unzufriedenheit mit der Entwicklung der politischen Dinge wächst von Tag zu Tag und leistet unserer Bewegung Vorschub. Dazu wird die ökonomische Lage des Volkes immer trauriger. Zur wachsenden Steuerlast gesellt sich das Sinken des Geldwertes und die enorme Steigerung aller Lebensbedürfnisse, mit der die Steigerung des Lohnes von jeher nicht gleichen Schritt gehalten hat. Das Capital behut seine Herrschaft von den Städten auf das Land aus; die Verarmung des Bauernstandes nimmt mit seiner Verschulbung zu. Man hat den Leuten von den Erfolgen des Krieges Vieles gefaselt und ihnen bessere Zeiten in Aussicht gestellt. Wirklich ließen sich Viele bethören und schrien mit: „Wir bekommen die Milliarden!“ Heute sehen sie, wer die „Wir“ sind. Die Hohenzollern, die Generale und Staatsmänner sind die „Wir“ — das Volk hat das Nachsehen; ein Stück Papier hat man ihm noch zum Hohne hingeworfen, das jene Verfassung nennen. Auch die religiösen Wirren steigern die Unzufriedenheit im höchsten Grade. Die bayerische Regierung setzte sich zwischen zwei Stühle und bald wird sie auf den Boden plumpfen. Sehr begreiflich ist, wenn ein Verlangen in religiös-kirchlichen Dingen gerade aus unserm Lande an den Congreß kommt. Ich meine den Münchener Antrag bezüglich des Austritts aus den Landeskirchen. Bei uns herrscht noch der Gebrauch, der meines Wissens auch gesetzlich vorgeschrieben ist, daß derjenige, der aus einer religiösen Genossenschaft austritt, in eine andere eintreten muß. Wo soll man nun eintreten? Bei den Altkatholiken? Der Altkatholicismus, an dessen Spitze deutschbäumelnde Professoren, Staatsanwälte und Kronbeamte stehen, unterscheidet sich vom Katholicismus nur dadurch, daß hier die Jesuiten in der Rutte, dort die im Frack dem dummen Volke dieselben Heilrecepte des Glaubens ordiniren. Der Altkatholicismus hat vor dem Katholicismus nur Eines voraus; er hat Einen Unsinns weniger. Doch wer an den Unsinns der unbesleckten Empfängniß eines Weibes glauben kann, der kann ohne Schaden für seinen Verstand auch an die Unfehlbarkeit eines Mannes glauben. — Wo sollen wir also denn eintreten? Bei den Deutschkatholiken? Auch der Deutschkatholicismus ist nicht viel mehr werth als der Altkatholicismus. Er hat auch sein Pfaffenhum, und dazu noch ein recht geistloses. Ich wollte wetten, daß Johannes Ronge heute um den Preis der Schaffung einer deutschen Nationalkirche sich dem Altkatholicismus in die Arme werfen würde. Im Vorbeigehen darf ich auch den deutsch-katholischen Pfarrer in Mainz, den Herrn Hieronimus, nicht vergessen. Dieser geistige Cretin unterjängt sich, in dem deutsch-katholischen Sonntagsblatt über die Social-Demokratie, speciell über Freund Bebel und Liebknecht, herzufallen. Ein freireligiöser Redner aus Nürnberg fragte ihn bei der kürzlich in Oberringelheim abgehaltenen Synode, warum er das thue und er

antwortete: „So lange ich leben werde, will ich diese Social-Demokraten bekämpfen!“ — Das ist die Antwort und Begründung des preußischen Preßbüfaren.

Am nächsten stehen uns die freireligiösen Gemeinden, insofern diese dem Atheismus huldigen. Leider sind unter ihren Mitgliefern gar Manche, die in politischer und socialer Beziehung gerade das Gegentheil von dem vertreten, was sie in religiöser Beziehung als ihr Princip anerkennen. Darum ist für mich die einzig wahre Religion die Religion der Humanität, die Religion der Social-Demokratie! (Bravo!)

York: Freunde, Parteigenossen! Zunächst überbringe ich den Brudergruß der Parteigenossen von Hamburg-Altona, vom Norden Deutschlands im Allgemeinen, den des Parteiaussschusses insbesondere. Wenn auch räumlich von einander getrennt, sind wir doch eng mit einander verbunden durch das gleiche Princip, welches wir vertreten, durch den gleichen Kampf, welchen wir zur Verwirklichung dieses Princips führen und durch die einheitliche Organisation, die uns zum Siege führen soll.

Meine Freunde! Unser Programm, das Programm der soc.-demokr. Arbeiterpartei, ist in wenig Worte zusammen zu fassen. Diese wenigen Worte: „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ sind uns Allen nicht nur eine heilige Erinnerung an die glorreiche Revolution von 1789, sondern auch der Grundgedanke oder die Grundidee unseres Programms, welches meine Vorredner ausführlich erläutern haben.

Ich glaube kaum, daß Jemand in dieser Versammlung sich finden dürfte, der mit diesen Ausführungen nicht einverstanden wäre; ja ich glaube, daß überhaupt jeder denkende Arbeiter unserm Programm zustimmen muß und der Beifall, den sie den Ausführungen meiner Vorredner gezollt, beweist dies. Allein, nichts desto weniger, ja gerade deshalb werden Sie auch mit mir darüber einverstanden sein, wenn ich erkläre, daß aller Beifall, ja das Programm selbst doch nur tönendes Erz oder eine klingende Schelle bleibt, solange nicht an die Verwirklichung desselben gedacht wird, nicht jeder von uns bestrebt ist, sich berufen und verpflichtet hält, den toten Buchstaben, das kalte Wort zu beleben und Fleisch und Blut werden zu lassen. Und da komme ich denn zu der mir gestellten Aufgabe, die Nothwendigkeit einer einheitlichen „Organisation und Agitation“ nachzuweisen.

Meine Freunde. Punkt 5 unseres Programms lautet:

„In Erwägung, daß die politische und ökonomische Befreiung der Arbeiterklasse nur möglich ist, wenn diese gemeinsam und einheitlich den Kampf führt, gibt sich die social-demokratische Arbeiterpartei eine einheitliche Organisation“

und ich nehme keinen Anstand, zu behaupten, daß gerade dieser Punkt der Wichtigste ist, daß dieser Punkt gewissermaßen den Tragballen des gesammten Programms bildet, den zu zimmern unsere erste Aufgabe sein muß, ehe wir an die Verwirklichung aller übrigen Punkte denken können.

Ein Jeder von uns wird die Wahrheit des Ausspruches: „Einigkeit macht stark“ und „Vereinigt sind wir Alles, Vereinzelt Nichts“ begreifen und auch nicht bestreiten, daß trotzdem die Arbeiter in politischer und socialer Beziehung in gar vielen Punkten sich einig waren, sie doch nichts weniger als stark, nichts weniger als Alles gewesen sind.

Sie sehen, daß mit der Einigkeit in der Theorie überhaupt ebensowenig erreicht wird, als wenn man die Richtigkeit irgend welcher zu einem Programm zusammengesetzten Thesen anerkennt, dabei aber die Hände in die Taschen steckt und abwartet, daß sich das Alles von selbst erfüllt. Weil wir aber nun wissen, daß durch die Einigkeit in der Theorie überhaupt noch nichts bezweckt wird, müssen wir einen Schritt weiter gehen und bestrebt sein, der Einigkeit einen practischen Ausdruck zu geben, dieselbe in einer einheitlichen Organisation Fleisch und Blut werden zu lassen. Es würde zu weit führen, das Wesen der verschiedenen Organisationen zu erörtern, deren Form und Art zu besprechen. Für uns genügt es, den Nachweis zu führen, daß die social-demokratische, die Arbeiterpartei überhaupt, nur durch eine einheitliche centralistische Organisation zum Siege gelangen kann.

Ganz abgesehen davon, daß der Drang der geschäftlichen Entwicklung uns auf die Centralisation hinweist, abgesehen davon, daß alle Einrichtungen im Staats- und Gesellschaftsleben nur dann großartige Erfolge aufzuweisen haben, ja oft genug dann überhaupt erst lebensfähig sind, wenn sie einer Centralleitung unterstellt, in eine einheitliche Organisation zusammengefaßt wurden, wie das in 100 Beispielen in dem Bankwesen, der Post, den Eisenbahnen, dem Militärwesen überhaupt, mehr noch aber bei der Großindustrie, dem Fabrikssystem, das sich ohne einheitliche Organisation überhaupt nicht denken läßt, nachgewiesen werden kann.

Ja selbst die mittelalterliche Beherrscherin der Geister, die katholische Kirche mit ihrer blinden Gehorsam verlangenden, viele hundert Jahre alten Organisation, die im vollsten Sinne des Wortes eine streng centralistische, einheitliche (hierarchicalische) Organisation ist, steht allen Stürmen trotzig und noch so fest und sicher da und spottet aller Angriffe des allmächtigen strammen Militärstaates sowohl, als der ohnmächtigen Zweifler an der Unfehlbarkeit. Es dürfte auch nicht schwer sein, nachzuweisen, wie die Gliederung der verschiedenen Organisationen, z. B. beim Fabrikwesen, die durch Arbeitstheilung die Leistungsfähigkeit steigert, wie ohne die streng einheitliche Militärorganisation niemals berartige Resultate hätten erreicht werden können, wie wir im letzten Kriege erlebt haben. Man braucht kein Bewunderer des Militärsystems zu sein, um dies einzuräumen.

Kurz, durch alle derartige Wahrnehmungen drängt sich uns die Ueberzeugung auf, daß auch wir, die Arbeiterpartei, eine gleiche oder ähnliche, jedenfalls aber eine feste einheitliche Organisation schaffen müssen, wenn wir Erfolge erzielen wollen.

Darüber kann also kein Zweifel mehr obwalten, und jeder denkende Arbeiter, jeder Parteigenosse, der nicht bloß den Namen Social-Demokrat führt, sondern in der That Einer ist, muß es für seine höchste Pflicht betrachten, einer solchen Organisation bei-

zutreten. Aber wie muß diese beschaffen sein? Könnte man fragen. Nun, die Antwort ist nicht schwer. Weber die auf blindem Glauben beruhende Autorität der Kirche, noch die durch Kriegs- und Standrecht Gehorsam erzwingende und den Menschen zur willen- und selbstlosen Maschine herabwürdigende, wenn ich so sagen soll, absolutistische Organisation des Militärs, noch auch die auf die Unfreiheit der Arbeiter basirte, durch draconische Fabrikgesetze und — den Hunger, Gehorsam erzwingende Organisation der modernen Industrie ist unser Ideal, nicht der äußere Zwang, nicht der blinde Glaube an eine außer uns stehende Autorität ist das Band, welches unsere Organisation zusammenhält, nein, diese ist vielmehr und felsenfest basirt auf die, in der Erkenntniß der Nothwendigkeit beruhende freiwilligen Unterordnung des Einzelnen unter den ausgesprochenen Willen der Gesamtheit und wird zusammengehalten durch das Selbstbewußtsein Aller, welches jeden Einzelnen durchbringt und verpflichtet, den im gemeinsamen Interesse getroffenen Anordnungen und Maßnahmen der freigewählten Centralleitung nachzukommen, ja veranlaßt, diese Anordnungen als seinen eignen Meinungsausdruck zu vertreten.

Die Freiheit Aller, aber diese Freiheit, beschränkt durch die Autorität unseres Princips, ist die Grundlage unserer Organisation, die, weil eine demokratische, nichts desto weniger eine centralistische, streng einheitliche sein kann, ja sein muß.

Wenn wir von dieser Ueberzeugung durchdrungen sind und einsehen gelernt haben, welches herrliche Kleinod eine einheitliche Organisation für unsere Partei ist, dann kann es für uns auch gar kein Hinderniß sein, wenn reactionäre Gesetze die Arbeiterbewegung zu hindern suchen.

Und selbst wenn man versuchen sollte, die Leipziger Petition deutsche Fractur zu übersetzen, die Ungeheuerlichkeit geschehen könnte, daß die Mitgliedschaft der Social-Demokratie durch ein Polizeiverbot überhaupt geächtet würde, selbst dann würde immer nur der Ausdruck, die äußere Form, niemals das Wesen unserer einheitlichen Organisation, die auf der Erkenntniß der Geister beruht, vernichtet werden können.

Es gibt ja schon jetzt Gesetze, durch welche die Organisation der Arbeiter verhindert werden soll. Allein diese reactionären Vereinsgesetze, die verbieten, daß politische Vereine mit einander in Verbindung treten, verhindern nur eine föderative Organisation der Arbeiterpartei, und da bis jetzt noch kein Gesetz existirt, welches für verboten und strafbar erklärt, was nicht erlaubt ist, sind wir so frei und halten für erlaubt was nicht verboten ist und geben uns an Stelle der verbotenen Föderation, die nicht verbottene, also erlaubte centralistische Organisation, die vor jener unter Andern auch den Vorzug hat, daß sie, weil im Wesen der Social-Demokratie mit begründet, einmal Fleisch und Blut geworden, nicht verboten, höchstens mit der Social-Demokratie ausgerottet werden könnte — ich meine, den Versuch können wir sehr ruhig abwarten.

Meine Freunde! Ich glaube, den Nutzen und die Vorzüge unserer einheitlichen Organisation in großen Umrissen nachgewiesen

zu haben und bebaure nur, wenn trotzdem viele, sich Social-Demokraten nennende Arbeiter, die dies begriffen haben, sich der Organisation nicht anschließen und mit den leeren Aussichten: „ich bin ja ganz damit einverstanden, aber ich komme immer noch früh genug, auf Einen mehr oder weniger kommt es doch nicht an, wenn's einmal ernstlich Noth thut, dann bin ich auch dabei“ und wie diese traurigen Redensarten alle lauten, bekunden, wie wenig sie den Namen Social-Demokrat in der That verdienen. Leute, die erndten wollen ohne zu säen, die, ohne die Mühe und Arbeit, mit einem Worte, ohne die Opfer der Agitation mit zu übernehmen, an den Resultaten theilhaben wollen, gleichen auf ein Haar den Bourgeois, die wir, und mit Recht, bekämpfen.

Allerdings kommt es darauf an, daß Jeder, der unser Programm anerkennt, Jeder der sich Social-Demokrat nennt, auch unserer Organisation anschließt, denn nur dann, wenn wir statt Tausende, Hunderttausende bewährte Streiter in unsern Reihen zählen, wird man den gerechten Forderungen unseres Programms Rechnung tragen, richtiger Rechnung tragen müssen.

Meine Freunde! Wenn sie bedenken, welchen gewaltigen Fortschritt die Bewegung seit zehn Jahren, wo Lassalle das Banner der Social-Demokratie in Deutschland von Neuem entrollte, gemacht hat, wenn sie zurückdenken, wie traurig es damals um das Classenbewußtsein der Arbeiter bestellt war und wie im Gegensatz dazu das erwachte Classenbewußtsein der Arbeiter und der von diesem Bewußtsein getragene Geist der Social-Demokratie Zeichen und Wunder geschehen läßt, die für Jeden, der sehen will, allüberall wie Feuerzeichen die schreckliche Nacht des Elends und der Entbehrung, der Verbarmung und Entmenschung, die lange, lange auf der Arbeiterklasse, der Classe des enterbten und bedrückten Proletariats sich gelagert hatte, zu hellen beginnen oder als Lichtstreifen das aufglühende Morgenroth eines schöneren Tages verkünden, dann werden Sie einräumen, daß schon Viel, sehr Viel gewonnen ist und werden mit neuem Muth und neuer Zuversicht weiterkämpfen den guten Kampf, den wir begonnen haben und fortzukämpfen wollen, bis endlich der letzte Schatten der Dämmerung gewichen, der letzte Sieg errungen sein wird.

Können wir also schon jetzt mit innerer Genugthuung auf die Resultate der bisherigen Agitation zurückblicken, so unterliegt es keinem Zweifel, daß bei eifriger Agitation und treuer Pflichterfüllung ermöglicht wird, durch eine Opferwilligkeit, wie sie in gleichem Maaße in keiner andern Partei gefunden wird, nach Verlauf weiterer zehn Jahre — eine kurze Spanne Zeit im Völkerverleben — heute noch ungeahnte Resultate verzeichnen zu können. Und wenn wir uns vergegenwärtigen, welche ungeheure Umwälzungen in wenigen Jahren vor unsern Augen sich vollzogen haben, welche gewaltige Ereignisse eingetreten sind, wie solche die flüchtigste Phantasie kaum jemals sie für möglich gehalten hat, so können auch wir mit vollem Recht die Hoffnung aussprechen, daß die Verwirklichung unseres Programms sehr bald schon nicht mehr eine Frage der Zukunft, sondern der Gegenwart sein wird.

Darum lassen Sie uns in eifriger Agitation täglich, stündlich bestrebt sein, unserm Programm in immer weiteren Kreisen An-

erkennung zu verschaffen, unserer Organisation immer neuerthätigere Mitglieder zuzuführen, unserer Partei immer rüstigere Streiter anzuwerben.

Wenn wir so, jeder Einzelne von uns, den ersten Christen gleich, das Evangelium der Welterlösung durch Wort und Schrift, in Haus und Werkstatt, in Stadt und Land, in den engen Kreisen der Familien, sowie in öffentlichen Versammlungen verbreiten und keine Gelegenheit vorübergehen lassen ohne unserer Partei Anhänger zu gewinnen, dann werden wir das Ziel unseres Strebens in kurzer Zeit erreicht haben.

Darum geloben wir uns, hochzuhalten das Programm der social-demokratischen Arbeiterpartei, hochzuhalten die einheitliche Organisation und auszuharren in reger Agitation für die Ausbreitung und Verwirklichung unserer Principien.

Redner: Man verlangt von uns aller Orten Bescheidenheit, Ruhe, Mäßigung, während allenthalben der Kampf gegen uns gepredigt wird. Die Bourgeoisie zwingt uns zum Kampfe gegen sie. Jedes Gesetz trägt den Stempel des Vorrechtes. Nicht allein die physische Arbeit ist der Bourgeoisie unterthan, auch der Gelehrte, der Arzt, der Dichter, der Journalist, alle sind ihr unterworfen. Im eigenen Selbsterhaltungstrieb liegt es, den Kampf aufzunehmen; der Arbeiter, der Proletarier wird dazu gezwungen. Sehen Sie einmal nach Berlin. Dort hat man Geld genug, den Massenmord zu feiern und fremden Kaisern glänzende Ovationen zu veranstalten, die Hunderttausende kosten — ungerechnet die Opfer an Menschenleben — Alles auf Kosten der Arbeiter! (Beifall. Der Polizeicommissär unterbricht den Redner: „Ich kann nicht dulden, daß Sie die Fürsten beleidigen.“ Gelächter, Protest. Der Polizeicommissär gibt auf Moteller's beruhigende Erklärung zu, daß Redner die Stelle nochmals wiederhole. Nachdem dies ohne Widerspruch seitens der Polizei geschehen, fährt Redner fort):

Die Rehrseite der Medaille ist eine Familie, die kein Obdach finden kann. Tausende sind obdachlos, und auch die Baracken müssen entfernt werden, um das Auge der fremden Herrscher nicht zu beleidigen. Nichts ist nöthig, als das tatsächliche Leben vor Augen zu nehmen, um unsere Stellung zu bezeichnen. Der Kampf ist uns aufgedrungen, wir müssen ihn aufnehmen. Es ist kein Kampf für Classenherrschaft, er ist gemeinnütziger Natur. Als Arbeiter müssen wir in den Kampf eintreten. Tausende haben Haus und Hof verlassen und sich für fremde Interessen aufopfern müssen. Wohlan! Werfen wir uns einmal für die eigenen Interessen in die Schanze. Mag man uns auch beschimpfen und verfolgen, mag man unsere Führer einsperren, wir erklären ihre Verurtheilung für ungerecht. Tretet in den Kampf, thut desgleichen, werdet auch sogenannte „Hochverräther“, indem ihr das billigt, was ein Rebel, was ein Liebnecht gethan! Nochmals, tretet ein in den Kampf! (Bravo!)

Nachdem Ulmer, Binkert und Schmidt gesprochen, erhält das Wort

Bernhard Becker: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!“ Auf diesen Ruf haben sich auch heuer wieder Proletarier aus den verschiedensten Ländern im Haag versammelt, um die Ver-

elnigung des Proletariats aller Länder zu Stande zu bringen. Es waren Delegirte erschienen: aus Amerika, aus Australien, aus Spanien, aus Portugal, Dänemark, aus Frankreich, England und Deutschland. Als der Congreß begann, hatten die Delegirten große Anfeindungen Seitens der Bourgeoisie, der Pfaffen, der Schulmeister und des Pöbels zu bestehen. Ihr Hant daraus erselien, wie die alte Welt, die uns zu bewältigen glaubt mit ihren käuflichen Gerichten, ihrer käuflichen Presse zc., wie sie gar so dumm ist. Ja, sie weiß gar nicht, wie dumm sie ist, wenn sie uns auf diese Weise zu Schanden machen will. In Holland zeigte sich's. Die Volksstimmung wendete sich dort schnell zu unseren Gunsten um. Was die Verhandlungen selbst betrifft, so war die Majorität der Ansicht, daß die jetzige Organisation bleiben sollte. Der Generalsrath wurde nach New-York verlegt. Die Delegirten gingen auseinander, aber die Internationale ist nicht auseinander gegangen, sie lebt noch und wird fortleben! (Bravo!)

Es spricht noch Hartung ergänzend zu dem Vortrage Jord's, worauf hier folgende Resolution einbringt:

„Das Programm der social-demokratischen Arbeiterpartei, in politischer Beziehung wie in ökonomischer Hinsicht das radicalste, verlangt die Befreiung der arbeitenden Classen aus den Fesseln, in welche bis heute noch die herrschende reactionäre Staatsgewalt und liberale Bourgeoisie im Bündniß mit dem Jesuitismus der privilegierten Staatskirchen, sie geschlagen hält.

Freiheit, Brüderlichkeit, Gleichheit, die Förderung der glorreichen Revolution, welche die allgemeinen Menschenrechte proclamirte, ist auch die unsrige, die solidarische Förderung der Socialdemokraten aller Länder.

Diese Forderung zu verwirklichen, muß die Aufgabe aller Arbeiter sein; darum hulldigt die heutige Versammlung diesen Bestrebungen und erklärt nicht nur ihr Einverständnis mit den Bestrebungen der social-demokratischen Arbeiterpartei, sondern hält sich mit der gesammten Arbeiterklasse verpflichtet, in die Reihen der unerschrockenen Vorkämpfer für die Rechte des Proletariats einzutreten und in reger Agitation für die Verwirklichung dieses Programms zu kämpfen.“

Die Resolution wird einstimmig angenommen.

Nachdem noch Leyendecker im Namen der Mainzer Parteigenossen zum Eintritt in die Partei aufgefordert hatte, schließt der Vorsitzende im Namen der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit unter allgemeiner Begeisterung die Versammlung.

II. Geschlossene Sitzung

Montag, den 9. September, Vormittag 8 Uhr.

Moteller eröffnet um 8 Uhr die Sitzung und ertheilt Memminger das Wort zur Verlesung des Protokolls, gegen das keine Einwendung gemacht wurde, dann des Erkenntnisses des Schiedsgerichtes in Sachen der Mainzer Section II. Das Erkenntniß lautet:

„Das von der Delegirtenversammlung der social-demokratischen Partei am 8. September zur Untersuchung und Begleichung der Mainzer Angelegenheiten niedergesezte Schiedsgericht hat in seiner Sitzung nach Abhörng der Bürger Lemoisne, Vertrauensmannes der Mainzer Parteigenossen, Fuchs, Delegirten der Section II., Zierfuß, Mitgliedes der Partei in Mainz und Hirsch, Gründers der Section II., auf Grund dieser Aussagen und verschiedener beigebrachten Actenstücke, und nachdem es von der Vermehrung weiterer Zeugen absehen zu können glaubte, weil ihm durch den Gang der Untersuchung die Ueberzeugung geworden war, daß neues Material zur Begründung der gegenseitigen Klagen nicht würde beigebracht worden sein, nachfolgendes Erkenntniß gefaßt.

Aus den Aussagen der oben benannten Parteigenossen, sowie aus den dem Schiedsgericht zu Händen gekommenen Actenstücken ergibt sich, daß Hirsch unehrenhafter Handlungen nicht überwiesen ist, daß er ferner auch die Partei mit Absicht nicht schädigen wollte. Die Zeugenaussagen sind weder von der einen, noch von der andern Partei in allen Punkten unter sich übereinstimmend, außerdem haben irrige Meinungen nachweisbar durch oftmalige und in Folge dessen jedesmal verstärkten Reproduction einer an sich anfänglich ganz unbedeutenden und höchst kleinlichen Angelegenheit, durch bloßes Hörensagen, durch beiderseitige Eifersüchteleien und Bereiztheiten gebildet, so daß angenommen werden kann, es sind auf beiden Seiten Fehler gemacht worden, die unter Parteigenossen nicht vorkommen dürfen und wenn sie vorkommen nur zum größten Schaden der Partei gereichen. Außerdem wurden gegen Hirsch Verdächtigungen ausgestreut, für die nicht der Schein eines Beweises erbracht wurde, während hingegen Hirsch seinerseits in mehreren Dingen nicht jene zurückhaltende Sprache in der Oeffentlichkeit beobachtete, die einem Manne und noch dazu einem am Orte etwas hervorragenden Parteigenossen eigen sein muß. Zur Gründung einer eigenen Partei hatte Hirsch keine Ursache und gerade um so weniger, als er nach seinem eigenen Geständniß von einem Beschlusse der Partei, durch den er aus der Partei ausgeschlossen worden war, keine Kenntniß hatte. Trozdem ließ er sich vom Ausschusse nicht bloß eine Karte für seine Person, sondern über dieß ein viertel-hundert schicken. In diesem vom Ausschusse begangenen Versehen sowie in der Thatsache, daß Hirsch ein Mandatsformular zum Congreß vom Ausschusse zugesandt erhielt, liegt ein Mißverstandgrund für sein Verfahren, die Gründung der II. Section betreffend, indem er sich durch die aus Versehen begangenen Handlungen des Ausschusses in seinem Vorgehen bestärkt fühlen mochte.

Aus allen diesen Gründen erkennt das Schiedsgericht: daß an den Congreß der Antrag zu stellen sei

- 1) die II. Section der Mainzer Partei als statutenwidrig aufzuheben, das Mandat derselben als ungültig zu erklären, sowie einen Beschlus zu provociren, daß überhaupt an keinem Orte die Bildung von Sectionen zulässig sei,
- 2) den Ausschluß des Parteigenossen Hirsch vorläufig als un begründet zu erklären, die Mitglieder der II. Section zum Anschluß an die bestehende Mitgliedschaft, diese aber auf-

zufordern, mit Beiseitesetzung aller persönlichen Nergelien die Differenzen durch Versöhnung der gegnerischen Personen zu begleichen.

Mainz, den 8. September 1872.

Most als Vorsitzender.
Heinrich }
Geiser } als Beisitzer.
Mehner }
Memminger als Referent.

Das Erkenntniß wurde vom Congreß gebilligt und die darin gestellten Anträge angenommen. Zugleich schritt man zur Debatte über den mit verhandelter Angelegenheit in innerer Beziehung stehenden Punkt 20 der Vorlage, welcher lautet:

Die Aufnahme von Mitgliedern an einem Orte, wo eine Mitgliedschaft bereits besteht, kann nur durch die dortigen Parteimitglieder, resp. durch deren von dem Parteiausschuß bestätigten Vertrauensmann erfolgen; ebenso sind sämtliche Parteisteuern nur durch den Vertrauensmann dem Ausschusse zu übermitteln. (Freiwillige Beiträge sind hiervon ausgeschlossen.) An einem Orte hingegen, wo die Partei noch nicht besteht, kann die Aufnahme einzelner Personen direct durch den Ausschuß erfolgen, bis ein Vertrauensmann von ihm bestätigt ist, der dann die Geschäftsführung, als: Ausgabe der Mitgliedsarten, das Einziehen und Ueberführen der Steuern an die Hauptcasse etc. etc. zu übernehmen hat.

Fischer: Ich bin gegen den Antrag, da es an manchen Orten, wo eine Mitgliedschaft existirt, Männer geben kann, denen ihr Beruf es geradezu verbietet, sich der Ortsmitgliedschaft anzuschließen; diesen soll das Recht gewahrt bleiben, sich direct vom Ausschusse eine Mitgliedsarte schicken zu lassen um dorthin die Parteisteuer zu zahlen.

Geiser: Ich beantrage aus der Vorlage die Worte zu streichen: „Die dortigen Parteimitglieder“.

Jord: Man wirft dem Ausschusse immer vor, namentlich geschieht dies von Seiten süddeutscher Mitgliedschaften, daß er zu centralistisch und dictatorisch sei. Wenn der Ortsmitgliedschaft das Recht der Aufnahme in die Partei allein zusteht, dann wird auch der Ausschluß aus der Ortsmitgliedschaft zum Ausschluß aus der Partei. (Widerspruch.)

Wahlreich: Man muß endlich Ordnung in diese Angelegenheit bringen. Die Zahl derer, die außerhalb einer Mitgliedschaft eines Ortes stehen, ist ohnehin verschwindend klein. Man kann da im Interesse der Allgemeinheit nicht fortwährend Rücksichten üben.

Moteller: Nachdem die Rednerliste erschöpft ist, lasse ich, wenn sich kein Widerspruch erhebt, zuerst über den Punkt 20 der Vorlage mit dem Amendement Geiser abstimmen. Es erfolgt kein Widerspruch. — (Wird angenommen; Meist gegen den Antrag und Most für denselben, motiviren ihre Abstimmung).

Moteller: Ich schreite nun zu Punkt 2 der Vorlage (die Controlcommission betr.). Es liegt ein Antrag Memminger's vor, der lautet: „Der Congreß möge die Angelegenheiten der Control-

commission nach Anhörung von Milke und Mehner zur Prüfung einer Commission von 5 Delegirten überweisen.“

Die Versammlung erklärt sich mit dem Antrage einverstanden. Milke: In Folge persönlicher Differenzen beschloß die Parteimitgliedschaft, ein Mitglied der Controlcommission aus dieser auszuschließen und ein neues zu ernennen. Die Controlcommission erklärte den Beschluß der Mitgliedschaft für nichtig, da die Organisation keine Bestimmung enthalte. Dieser Beschluß wurde dem Ausschusse mitgetheilt, der die Sache nun gütlich beizulegen versuchte; da jedoch der Congreß bereits festgesetzt war, die Regelung der Angelegenheit diesem überließ. Indes wählte die Mitgliedschaft eine neue Controlcommission, so daß eigentlich jetzt zwei Controlcommissionen, eine neue und eine alte, existiren. Der Congreß muß solche Bestimmungen der Organisation einverleiben, daß künftighin solche Fälle unmöglich werden und stelle ich den Antrag, der Parteimitgliedschaft das Recht zu verleihen, die C. C. zu verändern.

Mehner: Die C. C. hat fast einstimmig der Parteimitgliedschaft das Recht der Ausschließung eines Mitgliedes der C. C. bestritten. Beschwerde gegen ein Mitglied müssen jederzeit beim Ausschusse angebracht werden.

Moteller: Es sind nun die Wahlen der 5 Commissionsmitglieder vorzunehmen.

Es werden gewählt: Memminger, Geiser, Eckstein, Reichelt, Roth.

Moteller: Nachdem die gedruckten Abrechnungsberichte eingetroffen sind, wird uns Jord über die Thätigkeit des Ausschusses und den Stand der Partei Bericht erstatten. (Siehe Anhang.)

Es ist indessen ein Antrag auf Vertagung der Sitzung eingelaufen. — Der Antrag wird angenommen und die Sitzung bis 2 Uhr Nachmittags vertagt.

III. Sitzung Nachmittags 2 Uhr.

Carl Farlas, Delegirter der Arbeiter von Pest-Ofen beim Congreß der Internationalen, überbringt folgenden Gruß:

„Die Parteigenossen Pest-Ofens schicken den Delegirten des Mainzer Congresses ihren Brudergruß!“ —

Vorsitzender: Ich danke und ersuche den ungarischen Parteigenossen unsere Grüße zu überbringen.

Soeben ist ein Antrag von Hempel eingelaufen, wonach der Beschluß des Dresdener Congresses, daß die Vertreter des Ausschusses auf jede gegen diesen vorgebrachte Beschwerde sofort nach dem jeweiligen Beschwerdeführer oder Antragsteller zum Wort gelangen sollen, auch auf diesem Congresse Geltung haben soll.

Die Versammlung ist damit einverstanden.

Most verwahrt sich, vom Ausschusse eine Unterstützung erhalten zu haben; er habe nur eine Entschädigung für Reisekosten erhalten, die er mit Recht zu beanspruchen hatte.

Beckendahl erklärt, von seinen Mandatgebern den Auftrag erhalten zu haben, darüber Klage gegen den Ausschuß zu erheben, daß derselbe unterm 3. August d. J. an ein Parteimitglied in Fürth eine Unterstützung von 8 Thlr. gesandt habe, ohne den Vertrauensmann in Fürth vorher über die Wichtigkeit der vom

Bittsteller gemachten Angaben befragt zu haben, und ersucht den Congress, durch einen Beschluß dieses Verfahren zu mißbilligen.

Moteller: Ich ersuche den Redner, einen desfallsigen Antrag schriftlich einzureichen.

Yord entgegnet: Im letzteren Fall sei möglicherweise ein Fehler gemacht worden; doch wo sei eine Parteibehörde, die unfehlbar sei; Maier in Fürtth sei dem Ausschuß selbst von dem Vertrauensmann in Fürtth als tauglich zu kleinen Agitationen geschilbert worden, deshalb sei es gekommen, daß Maier die verlangten 8 Thaler erhalten habe. Was die Beschwerde Most's anlangt, so sei der fragliche Posten nur unter dem unrichtigen Titel verrechnet worden, weil in der Unterstützungscasse mehr Mittel zur Verwendung waren als in der Parteicasse; die fragliche Summe habe eben Most nicht als Unterstützung, sondern als Reiseentschädigung erhalten.

Most: Es sind im Ausschußbericht mehrere Beiträge verrechnet, die Personen für Agitationszwecke erhalten haben, von denen ich glaube, daß sie für das erhaltene Geld Nichts geleistet haben. Ich stelle daher den Antrag:

„Es sollen künftighin nur solchen Personen Mittel zu Agitationszwecken durch den Ausschuß verabfolgt werden, deren Fähigkeiten vollständig bekannt sind.“

Kleist: Der Eölnner Antrag, 37 der Vorlage, betreffend Abschaffung der bezahlten gewerbsmäßigen Agitatoren ist in der Vorlage Klein, d. h. als nach dem festgesetzten Termin eingegangen, abgedruckt, obschon derselbe vor dem 17. August e. in den Händen Yord's war. Zum Beweise lege ich Postschein nebst Brief von Yord auf den Tisch.

Yord bestätigt den rechtzeitigen Eingang des Antrags und nennt den gerügten Thatbestand ein Versehen des Setzers.

Moteller: Der Antrag von Beckenbahl lautet:

„Unterstützungen einzelner Mitglieder aus den Parteicassen sind nur durch Vermittelung des Vertrauensmannes der betreffenden Mitgliedschaft zu leisten.“ (Der Antrag wird unterstützt und angenommen).

Zierfaß bringt folgenden Antrag ein:

Der Congress möge beschließen, bezirksweise Agitationscomitée's zu ernennen, deren Aufgabe es ist, die in ihrem Bezirk befindlichen bewährtesten Agitatoren dem Ausschusse zu empfehlen, sie bezüglich ihrer agitatorischen Thätigkeit zu kontrolliren und dem Ausschuß Rechenschaft abzugeben.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Zierfaß angenommen, der von Most abgelehnt.

Bahlteich, übernimmt den Vorsitz: Wir haben jetzt auf den Punkt 3 der Vorlage (Bericht über den Stand des Parteiorgans und des literarischen Unternehmens) einzugehen.

Tischer: Der verlangte Bericht kann hier nicht gegeben werden, um dem Polizeicommissär Müller in Leipzig nicht Stoff zu Unterdrückungs- und Bedrückungs-Maßregeln zu geben. Die Bücher dagegen liegen zu Jedermanns Einsicht hier offen.

Bahlteich: Ich schreite nun zu den Beschwerden gegen die

Redaction des „Volksstaat“, nachdem Redacteur Sepner angekommen ist.

Zierfaß: Die Mainzer Parteigenossen sind wegen des Auftretens der Madame Pucinelli vom „Volksstaat“ ziemlich hart mitgenommen worden; wurde sie uns ja doch von Eöln aus empfohlen. (Große Heiterkeit.)

Sepner: Die Mainzer sind von der Madame Pucinelli ebenso getäuscht worden wie die Eölnner. (Wiederholte Heiterkeit.)

Milze: Die Berliner Parteigenossen wollen, daß die Fehde mit dem „Neuen Sozialdemokrat“ in ruhigerer Weise gekämpft werde. — Außerdem sollen mehr Artikel rein socialistischen Inhalts gebracht werden.

Most: Gegen die leitenden Männer des „Neuen“ kann von sachlichen Erörterungen allein nicht die Rede sein. Der „Volksstaat“ behandelt in jeder Nummer volkswirtschaftliche und politische Tagesfragen. Ich glaube nicht, daß die Berliner bloß Phrasen wollen.

Geiser beantragt, daß Punkt 30 und 52, Absatz 3 der Vorlage in die Debatte hereingezogen werden. Sie lauten:

In Erwägung, daß Artikel, resp. Berichte des „Volksstaat“, welche in gehässiger Weise gegen die Leitung, Agitatoren oder den „Neuen Social-Demokraten“ gerichtet sind, der Partei eher Schaden als Nutzen schaffen; vielmehr dadurch, daß die Verwaltung des „Allg. d. Arbeitervereins“, resp. „Neuer Social-Demokrat“ sich den Mitgliedern und Lesern gegenüber in den Mantel des Märtyrertums hüllen und wie bekannt, nicht ohne Erfolg, das angegriffene Objekt mit dem „Allg. Deutschen Arbeiterverein“ identifiziren, der Haß der beiderseitigen Mitglieder neue Nahrung findet und eine Vereinigung fast unmöglich macht, auch überhaupt maßvoll gehaltene Schreibart eher Anhänger zu erwerben vermag, beschließt der Congress: Die Redaction des „Volksstaat“ hat unbekümmert darum, ob von anderer Seite gehässige Angriffe stattfinden oder nicht, nur ruhig und maßvoll abgefaßte Artikel, resp. Berichte aufzunehmen eventuell dahin abzuändern.

Der Congress beauftragt die Redaction des „Volksstaat“, unverzüglich jede Polemik gegen den „Allg. Deutschen Arbeiterverein“ und seine Leiter einzustellen, sowie etwa neueintretende Anfeindungen von Seiten der letzteren mit Schweigen zu beantworten, falls der Ausschuß nicht ausnahmsweise eine sachgemäße Erwiderung für unbedingt geboten erachtet.

Holzwarth: stellt dagegen folgenden Antrag:

„Der Congress möge in Anbetracht, daß alles Entgegenkommen der social-demotr. Arbeiterpartei vom „Neuen Social-Demokrat“ nur mit Spott und Gehässigkeiten aller Art beantwortet würde, zur Tagesordnung übergehen.“

Becker (Braunschweig): Der „Neue“ hat uns immer in der gehässigsten Weise angegriffen. Ich bin kein Freund persönlicher Angriffe weder auf der einen noch der andern Seite; allein die Leiter des „Neuen“ können in sachlicher Weise nicht widerlegt werden, weil sie nie auf die Sache eingehen.

Yord: Der „Volksstaat“ könnte schon anders schreiben, populäre Leitartikel scheinen mir besser und erprießlicher zu sein als

abgebrochene Zusammenstellungen aus Zeitungen. Auch läßt sich der „Volksstaat“ mit dem „Neuen“ zuviel auf Kleinigkeiten ein.

Hempel stellt den Antrag auf Schluß der Debatte.
Wird angenommen.

Bei der Abstimmung wird Holzwarth's Antrag angenommen.

Tischer: Die Redaction hat ohne Ermächtigung des Ausschusses eine Masse Schriften drucken lassen und dadurch der Cassa mehr Schaben als Vortheil gebracht.

Sepner: Von größeren Artikeln wurden in der Regel Extraabzüge gefertigt; allein diese habe nicht ich bestellt, sondern Liebknecht. Uebrigens sind von den meisten große Auflagen abgesetzt worden.

Jord: Das Verhältniß zwischen Ausschuß und Redaction bedarf einer Regelung. Die Redacteurs dürfen nie eigenmächtig handeln; sie sind ebenso gut Diener der Partei, wie die anderen Beamten der Partei.

Holzwarth: Es gab bisher kein Verbot für die Redaction, Extraabzüge anfertigen zu lassen. Uebrigens beantrage ich die Behandlung dieser Angelegenheit bis zur Discussion über den Punkt 8, § XXVII der Vorlage zu verschieben.

Moff beantragt, daß Punkt 24 mit 31 sofort in die Debatte hereingezogen werden.

Wird angenommen.

Die Punkte 24 mit 31 lauten:

Die Redaction des Parteiorgans ist verpflichtet, ohne Zurücksetzung der „Politischen Uebersicht“, monatlich vier den Zeitverhältnissen entsprechende Leitartikel zu veröffentlichen.

Der Congreß wolle die Redaction des Parteiorgans verpflichten, an die Spitze jeder einzelnen Nummer einen je nach Möglichkeit größeren oder kleinern Leitartikel nach streng socialistischen Grundfätzen gleichviel aus welchem Gebiete in belehrender Form zu setzen;

ferner

daß das Parteiorgan zu Anfang jedes Quartals außer der Bekanntgabe des Programmes und der Statuten auch noch in gedrängter Kürze eine Erläuterung der einzelnen Punkte des Programms zu geben habe.

Der Congreß wolle beschließen: Gewerkschaftsberichte nicht mehr im Parteiorgan, sondern, wenn irgend möglich, die betr. Berichte, je nach Bedürfniß, in einer Beilage zu bringen. Die Wiesbadener Parteigenossen beantragen:

„daß in Zukunft im Parteiorgane keine Verantwortung der Unterführung solcher streikenden Gesellschaften staatliche, welche nicht eine gewisse Zeit vorher eine kleine Gewerkschaft gebildet haben, oder der größten Mehrzahl nach der social-demokratischen Arbeiter-Partei angehören;

„daß in das Parteiorgan (den „Volksstaat“) von den gewerkschaftlichen Berichten nur solche aufgenommen werden, welche social-demokratischer Natur sind; wird der „Volksstaat“ als Gewerkschaftsorgan beibehalten, so sind nur solche Berichte aufzunehmen, welche von dem Vertrauensmann mit unterschrieben sind; ausge-

nommen hiervon sind die Berichte über Gründung von Unions-gewerkschaften.“

In Ermägung, daß Artikel, resp. Berichte des „Volksstaat“, welche in gehässiger Weise gegen die Leitung, Agitatoren oder den „Neuen Social-Demokraten“ gerichtet sind, der Partei eher Schaden als Nutzen schaffen; vielmehr dadurch, daß die Verwaltung des „Allg. Deutschen Arbeitervereins“, resp. „Neuer Sozial-Demokrat“ sich den Mitgliedern und Lesern gegenüber in den Mantel des Märtyrertums hüllen und wie gekannt, nicht ohne Erfolg, das angegriffene Object mit dem „Allg. Deutschen Arbeiterverein“ identificiren, der Haß der beiderseitigen Mitglieder neue Nahrung findet und eine Vereinigung fast unmöglich macht, auch überhaupt maßvoll gehaltene Schreibart eher Anhänger zu erwerben vermag, beschließt der Congreß: Die Redaction des „Volksstaat“ hat unbekümmert darum, ob von anderer Seite gehässige Angriffe stattfinden oder nicht, nur ruhig und maßvoll abgefaßte Artikel, resp. Berichte aufzunehmen, eventuell dahin abzuändern.

Parteigenossen, welche Filialexpeditionen für das Parteiorgan oder Schriften verwalten, sind verpflichtet, bei dieser Verwaltung die einfache Buchführung — Clabbe-, Cassa- und Hauptbuch — inne zu halten. Den Preiszuschlag für Porto und andere Auslagen, sowie das etwaige Honorar für diese Verwaltung bleibt den Parteigenossen an jedem einzelnen Orte zu bestimmen überlassen.

Nach dem Antrage von Moff beschließt der Congreß, in die Debatte über diese Punkte der Vorlage sofort einzugehen.

Sepner findet in dem Punkt 1 ausgesprochenen Wunsche ein berechtigtes Verlangen, bittet aber, die Redaction nicht zu binden, da dieselbe diesen und ähnlichen Wünschen soviel wie möglich zu entsprechen bemüht sein werde.

Geiser: Dem „Volksstaat“ fehlen populär geschriebene Artikel über die Tagesfragen mit Berührung der die Arbeiter betreffenden gesetzlichen Bestimmungen.

Sepner: Ich erkenne manches von dem Gesagten als zu berücksichtigenden Wink an, muß aber zu bedenken geben, daß der „Volksstaat“ nicht für ABC-Schützen geschrieben ist und Anfängern in der Social-Demokratie daher manchmal unverständlich sein muß. Dem Wunsche nach größeren, die socialistischen Principien oder das Programm der Partei erläuternden Artikeln könne erst Rechnung getragen werden, wenn das Organ in der Woche 3mal erscheinen könne. Lassen Sie die Worte „monatlich vier“ in dem Antrage fallen, so bin ich mit demselben einverstanden.

Holzwarth: Artikel belehrenden Inhalts, wie die hier begehrten, halte ich für unnöthig. Die Belehrung ist Aufgabe der Agitatoren und der Volksversammlungen.

Meyner beantragt Schluß der Debatte und Uebergang über Punkt 25 zur Tagesordnung. — Angenommen.

Schneider (München): Es wäre sehr zweckdienlich, wenn der Punkt 26 der Vorlage Berücksichtigung fände, da namentlich den jüngeren Parteigenossen Gelegenheit gegeben wäre, sich über unsere Bestrebungen zu unterrichten.

Memminger: Selbst die kürzeste Besprechung des Partei-programms würde viele Nummern des „Volksstaat“ einnehmen.

Wer sich über unsere Bestrebungen genau unterrichten will, der wird die wenigen Kreuzer nicht scheuen, um sich die eine oder andere Broschüre anzuschaffen, die den nöthigen Aufschluß erteilt. Die Einen wünschen mehr Leitartikel, die Andern eine eingehendere Besprechung der politischen und socialen Tagesfragen, die Dritten einen größeren Raum für Gewerkschaftsberichte, die Vierten eine vierteljährliche Besprechung des Parteiprogramms, und die Fünften, zu denen ich gehöre, wünschen, daß über Punkt 26, 27, 28, 29, 30, 31 zur Tagesordnung übergegangen werde.

Moteller: Es erhält zu dem Antrage Memminger noch ein Redner für und Einer gegen das Wort.

Leidenbecker: Ich bin ganz einverstanden mit dem Antrage; nur zu dem Punkte 28 möge mir die Bemerkung gestattet sein, daß die Aufnahme von Artikeln im „Volkstaat“, welche strikente Gesellschaften, die gar nicht oder nicht in ihrer Mehrheit zu unserer Partei gehören, befürworten, ein Agitationsmittel ist.

Schneider (Marbg.) spricht gegen den Schluß.

Der Antrag Memminger's wird angenommen.

Philipp Becker und Duval aus Genf, begrüßen Namens ihrer Mandatgeber (zum Haager Congreß) die Versammlung. Die französische Ansprache Duval's wird sofort von Bernhard Becker in's Deutsche übertragen.

Arbeiter (Ouvriers et travailleurs!)

Ich überbringe Ihnen die Grüße des internationalen Congresses vom Haag und besonders noch der romanischen Conföderation aus Genf. Mögen Ihre Arbeiten den Erfolg haben, die Arbeiter ganz Deutschlands zu einer großen, durch ihre gemeinsamen Interessen und durch die Begeisterung für Humanität, Recht und Freiheit solidarisch verbundenen Föderation zu vereinigen. Als gutes Omen begrüße ich es, daß in einer zur Verbummung und Knechtung des Volkes erbauten und höhnisch „Zum heiligen Geist“ benannten Stätte der Arbeitercongreß seine dem Fortschritte, der Wahrheit und der Humanität gewidmeten Arbeiten vornehmen kann. Daß dies heute geschehen kann, ist ein Fortschritt, der uns hoffen läßt, daß unsere Bestrebungen siegen werden über die Bestrebungen der Mächte, welche durch Entflammung des nationalen Hasses die Völker hegen, sich zu zerfleischen, um sie in der Knechtschaft halten zu können. Es lebe die einzige zum Dasein berechnete Nation, die große Nation der Arbeiter aller Länder! —

Der Vorsitzende dankt und bittet Duval und Ph. Becker ihren Auftraggebern die Grüße der Versammlung zu überbringen.

Die Sitzung wird auf 8 Uhr Abends vertagt.

IV. Sitzung Abend 8 Uhr.

Moteller gibt ein Begrüßungsschreiben des Föderalrathes der romanischen Sectionen der Internationale, sowie folgende Telegramme bekannt:

Pforzheim: „Schafft für die Einigkeit der Parteien! Der Einigkeit und Organisation ein Hoch!“

Deuben (bei Dresden): Gruß den Delegirten.

Hohenstein-Ernstthal: Unsere Grüße! Möge es dem Congreß gelingen, Beschlüsse zu fassen, die alle Sonderinteressen

unmöglich machen. Kämpfen wir mit vereinter Kraft gegen unsere Unterdrücker! Der Socialdemokratie ein donnerndes Hoch!

Ingoßstadt: Parteimitgliedschaft gesichert! Grüße!

Zürich: Hoch dem Congreß! Hoch den Delegirten, welche für Vereinigung aller social-demokratischen Parteien wirken.

Fürth: Brüder! Harret aus im Kampfe! Nieder mit aller Classenherrschaft! Hoch die Freiheit!

Außerdem wurde folgender Brief verlesen:

An den social-demokratischen Arbeiter-Congreß zu Mainz.

Mitarbeiter! Da ich leider verhindert bin, Euren Congreß zu besuchen, so überreiche ich Euch hiermit schriftlich den Gruß Eurer amerikanischen Parteigenossen. Haltet aus! Ihr werdet siegen! Wir auch! Brüderlicher Gruß! E. F. A. Sorge, Delegirter der nordamerikanischen Föderation auf dem allgemeinen Congreß der F. A. A. im Haag. Amsterdam, 8 Septbr. 1872.

Die Sitzung verwandelt sich in eine geschlossene, um den Bericht über den Stand des „Volkstaats“ entgegen zu nehmen.

Eststein beantragt, zur Prüfung der Bücher und Berichterstattung eine Commission zu ernennen; Rheingruber und Eststein eine Revision der Bücher.

Tischer erklärt, die Belege seien aus Versehen bei Bebel in Hubertusburg geblieben.

Beckenbahl: Eine Prüfung von Büchern ohne die Rechnungsbelege ist keine Prüfung. Es ist das so selbstverständlich, daß ich fragen muß, warum die Belege nicht vorliegen.

Tischer: Sie sind in Bebel's Besitz geblieben und später fehlte es an der Zeit, sie zu reclamiren. Zum Theil liegt die Schuld an Thiele.

Heinrichs beantragt, den Cassenbericht drucken zu lassen und an die Vertrauensmänner zu übersenden.

Yord wünscht Aufnahme desselben in das Congreßprotocoll, Eststein widerräth dies.

Der Antrag von Heinrichs wird genehmigt, die Ausnahme in das Congreßprotocoll aber abgelehnt. Ueber Rheingruber's Antrag wird auf Memminger's Vorschlag zur Tagesordnung übergegangen.

Die geschlossene Sitzung geht in eine öffentliche über und es wird in die Berathung der Punkte 21, 22 und 23 der Vorlage eingegangen. Sie lauten:

21. Das Parteiorgan („Volkstaat“) vom nächsten Quartal ab wöchentlich dreimal erscheinen zu lassen zum möglichst billigen Preis.

22. Das Parteiorgan wöchentlich dreimal im jetzigen Format erscheinen zu lassen, sobald die Zahl der Abonnenten kein Defizit entstehen läßt.

23. Daß dem Parteiorgan allwöchentlich eine Beilage beizufügen sei, in welcher die brennenden socialistischen Fragen in populärer-agitatorisch-wirkender Weise besprochen werden. Die Beilage möge gedruckt werden mit einem Mehr von $\frac{1}{3}$ der Auflage des „Volkstaat“ damit sie zur Agitation zweckmäßig verwendet werden könne.

Yord beantragt zu Punkt 21 Uebergang zur Tagesordnung. Wird angenommen.

Hempel stellt zu Punkt 22 und 23 folgenden Antrag:
 „Der Congress möge beschließen, daß, falls das einzuführende Reichspressgesetz nur den Blättern, welche wöchentlich mehr als zweimal erscheinen, den Postdebit gewähre, der Ausschuß und die Redaction ermächtigt werde, den „Volksstaat“ sofort dreimal erscheinen zu lassen.

Geiser und Memminger bekräftigen diesen Antrag: sofort den „Volksstaat“ dreimal erscheinen zu lassen oder ihm ein Beiblatt zuzulegen, sei zu kostspielig; allein in dem Falle, den Hempel in seinem Antrage erwähnt, müsse man sich in das Unvermeidliche fügen. Allein bis dieser Fall eintrete, müsse man alle nicht unbedingt notwendigen Ausgaben vermeiden. Memminger beantragt, Punkt 22 der Vorlage abzulehnen, dagegen Hempel's Antrag und Punkt 23 der Vorlage anzunehmen. Geiser zieht im Namen der Breslauer Parteigenossen ihren Antrag unter Punkt 23 zurück.

Die Abstimmung ergibt, daß Punkt 22 mit dem Antrag Hempels angenommen wird.

Moteller: Um die Angelegenheit mit der Redaction des „Volksstaat“ zum Abschluß zu bringen, will ich Punkt 5 der Vorlage zur Verhandlung gelangen lassen. Er lautet:

„Alle Artikel, Berichte etc., gleichviel ob redactionelle oder eingeleitete, welche in Petitschrift (in anderer Schrift im Verhältnis hierzu) den Raum von mehr als 2000 Quadrat-Centimetern umfassen, bedürfen zu ihrem Abdruck der Genehmigung des Ausschusses; ausgenommen hiervon sind Parlaments- und Parteicongress-Berichte.“

Müller: Im „Volksstaat“ kommen oft Artikel, die durch 5 und mehr Nummern laufen und theils wegen ihrer Länge, theils durch die Unterbrechungen, theils durch den Mangel an Popularität der Partei keinen Nutzen bringen. Deshalb wurde der Antrag gestellt.

Memminger: Wenn der Punkt 5 der Vorlage zur Annahme gelangt, dann kann sich die Redaction sehr leicht helfen; sie theilt einen langen Artikel in mehrere ab, und gibt einem Jeden eine andere Ueberschrift. Damit sind die Gelüste des Ausschusses, Censur zu üben, vereitelt. Solche Gesezmacherei taugt Nichts. Die Redaction des Parteiorgans wird aber gerne dem an sie vom Congress etwa auszusprechenden Wunsche, lange Artikel möglichst zu vermeiden und stets darnach zu trachten, so viel es geht populär zu sein, nachkommen.

Grillenberger: Eine Partei, die Pressfreiheit auf ihre Fahne geschrieben, kann unmöglich in der eigenen Partei die Censur wollen.

Jörd: Der Antrag ist weder aus Censurgehüsten, noch aus Vergnügen an Gesezmacherei, sondern aus einem höchst einfachen practischen Bedürfnisse hervorgegangen.

Erstens hat es gar keinen Sinn, mit alten Broschüren und doctrinären langathmigen Artikeln die Spalten des „Volksstaat“ durch 6—8 Nummern zu füllen, so daß solchen Artikeln gegenüber selbst die Localberichte wegen Mangel an Platz zurückgestellt wurden und schließlich Niemand mehr Berichte einlieferte, ja es gar

nicht möglich war, aus dem Parteiorgan ein Bild des Parteilebens zu erhalten.

Um diesen Uebelstand zu beseitigen, empfiehlt uns Bebel, die Redaction zu veranlassen, Artikel, die durch mehr als 3 Nummern sich hinziehen, nicht anzunehmen. Es geschah dies von uns durch eine Mittheilung an die Redaction, größere Artikel, deren Aufnahme sie für wünschenswerth hielt, dem Ausschuß zur Kenntnissnahme mitzutheilen, da der Ausschuß, wenn nicht eher und mehr, so doch mindestens eben so sehr interessiert und im Stande sei, zu beurtheilen, ob und von welchem Interesse derartige Artikel für die, mindestens $\frac{1}{6}$ der Leser des „Volksstaat“ zählenden Arbeiter seien, von denen man nicht verlangen könne, daß sie den Zusammenhang solcher langer Artikel im Kopfe behalten können, so daß also die Wirkung dieser Artikel gleich Null ist.

Wir verlangten, und die Partei muß verlangen, daß die Redaction des Parteiorgans dem allgemeinen Bedürfnisse der Partei entsprechende Artikel schreibt, die populär abgefaßt, je nachdem, anregend, aufmunternd, belehrend oder zündend und begeisternd wirken, und diese Artikel müssen kurz gefaßt, am Besten in einer, höchstens in zwei Nummern des Blattes zu Ende geführt werden; solche Artikel fehlen, solche Artikel wünschen die Parteigenossen in ihrem Organ zu haben, und dies sollte durch unsern Antrag bezweckt werden. Die 2000 □-Centimeterfassung halte ich selbst, weil für die meisten Parteigenossen unverständlich, für eine unglücklich gewählte, daß aber sehr viele Mitgliedschaften mit dem Sinne unseres Antrags einverstanden sind, geht aus der Anzahl im gleichen Sinne gestellter und aus gleichem Bedürfnisse entsprungener Anträge hervor.

Wenn Redacteur Hepner hier erklärt, der „Volksstaat“ würde nicht für ABC-Schützen geschrieben, so ist dem zu entgegnen, daß die große Mehrzahl der Leser zwar keine ABC-Schützen, aber auch noch weniger wissenschaftlich gebildete Leute und Schriftgelehrte sind, und wenn derselbe erklärt, daß er es für ein Kunststück halte und sich bestreibe, in wenig Worten so viel zu sagen als Andere in langen Leitartikeln ausführen, so muß dem entgegen gehalten werden, daß diese Maxime für gelehrte Leute wohl angebracht sein mag, für die Mehrzahl der Arbeiter aber durchaus nicht am Platze ist.

Nachdem noch Becker, Heinrichs, Roth, Most und Müller gegen den Antrag, und Schmidt für denselben gesprochen, wird der Punkt 5 abgelehnt. Der Congress eignet sich aber die von Memminger ausgesprochenen Wünsche an.

Holzwarth beantragt: daß Extraabzüge von Artikeln aus dem „Volksstaat“ nur mit Zustimmung des Ausschusses angefertigt werden dürfen.

Der Antrag wird angenommen und die Sitzung geschlossen.

V. Sitzung

Dienstag, den 10. September.

Moteller eröffnet um 8 Uhr Morgens die Sitzung. Nach Verlesung des Protokolls bringt er zunächst Anträge unter C. 6 der gedruckten Vorlage zur Verhandlung.

Punkt 1 derselben (Antrag Jorck) lautet:

Die Parteimitglieder eines jeden Ortes haben das Recht, einen Delegirten zum Congreß zu senden. Größere Orte können auf je 100 stimmberechtigte Parteigenossen einen Delegirten wählen. Jeder Delegirte hat 1 Stimme. Parteigenossen u. s. w.

Memminger: Wenn dieser Antrag angenommen wird; so ist leicht die Gefahr der Majorisirung des Congresses durch die Delegirten eines oder zweier Orte gegeben, welche große Mitgliedschaften haben. Allerdings muß den größeren Mitgliedschaften in Bezug auf die Zahl der Delegirten ein Vorzug insofern eingeräumt werden, als sie das Recht erhalten sollen, mit mehr Stimmen beim Congreß sich vertreten lassen zu können, als kleinere Orte. Ich stelle daher den Antrag, der Congreß möge beschließen:

Die Parteimitglieder eines jeden Ortes haben das Recht, einen Delegirten zum Congreß zu senden. Größere Orte wählen auf je 200 Mitglieder einen Delegirten. Jeder Delegirte hat 1 Stimme. Der Parteiausschuß, die Controlcommission und die Redaction des Parteiorgans können durch je ein stimmberechtigtes Mitglied vertreten sein. Parteimitglieder, welche nicht Delegirte sind, haben nur beratende Stimme.

Jorck zieht seinen Antrag (Punkt 1) zurück, ebenso Geiser den ähnlich formulirten der Breslauer Parteigenossen Punkt 8 § XII der Vorlage) zurück, worauf der Antrag Memminger angenommen wurde.

Moteller: Punkt 2 der Vorlage lautet:

„Auch hat der Ausschuß, unter Zustimmung der Controlcommission, das Recht, den ordentlichen Congreß an einen andern, als den laut § 5 bestimmten Ort zu berufen.“

Estein stellt den Antrag, nach den Worten „das Recht“ zu setzen: „in außergewöhnlichen Fällen“

Punkt 2 der Vorlage wird mit dem Amendement Estein angenommen. Dadurch ist auch Punkt 8 XIV erledigt.

Moteller: Punkt 3 der Vorlage lautet:

„Die Leitung der Parteigeschäfte ist einem Ausschusse von 5 Personen, als einem Vorsitzenden und dessen Stellvertreter, einem Schriftführer, einem Cassirer (der eine entsprechende Caution zu leisten hat) und einem Beisitzer übertragen. Sämmtliche Ausschußmitglieder müssen am Parteivororte oder in dessen einseitigem Umkreise ihren Wohnsitz nehmen; sie werden von den Partimitgliedern, welche am Parteivororte und in dessen einseitigem Umkreise wohnhaft sind, in besonderen Wahlgängen durch Stimmzettel mit absoluter Majorität gewählt. Sollte bei der ersten Wahlhandlung eines Wahlganges die absolute Stimmenmehrheit nicht erreicht werden, so hat zwischen den beiden meistbestimmten Personen eine engere Wahl stattzufinden.“

Weber ein Mitglied der Redaction noch der Expedition des Parteiorgans darf dem Ausschusse angehören.

Treten im Laufe des Jahres Vacanzen ein, so hat der Vorort — mit Ausnahme des in § 15 erwähnten Falles — nach demselben Wahl-Modus, wie bei der Gesamtwahl, die Ergänzungswahlen vorzunehmen.“

Mit diesem Punkt 3 collidirt Punkt 8, § VI und XIII (Bresl.

Antr.) und ich werde über die drei Anträge zugleich die Discussion eröffnen.

Kilbel: Die Furcht, falls sie austaucht, es möchte der Secretär oder der alte Ausschuß nach einem neuen Vororte überstiebeln, ist sehr unnöthig. Allein es steht fest, daß der Secretär die hauptsächlichste Person des Ausschusses ist. Er muß lange in der Bewegung gestanden haben und muß ein Jahr aus seinem Geschäfte heraustreten. Es gibt nicht viele solche Personen. Daher muß die Möglichkeit offen gehalten werden, ihn wieder wählen zu können.

Memminger: Ich bin mit meinem Vorredner einverstanden und finde es daher ganz passend, daß statt „Wohnung haben“ wie es in der alten Organisation heißt, „Wohnung nehmen“ gesetzt wurde. Im übrigen glaube ich, daß sich die Delegirten über diesen Punkt klar sind, und beantrage deshalb Schluß der Debatte.

Der Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen, und bei der Abstimmung Punkt 3 der Vorlage angenommen. Punkt 8 § VI und XIII dagegen abgelehnt.

Moteller: Der Punkt 4 der Vorlage lautet:

„Die Controlcommission wird gewählt von und aus den Mitgliedern desjenigen Orts und seines einseitigen Umkreises, welcher von dem Parteicongreß als Sitz der Controlcommission bestimmt worden ist.“

Wird ohne Debatte angenommen.

Moteller: Nachdem Punkt 5 bereits durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt ist, kommt Punkt 6 an die Reihe, der lautet:

„Zur Ueberwachung der geschäftlichen Leitung des Parteiorgans haben die Mitglieder desjenigen Ortes, an welchem das Parteiorgan erscheint, alljährlich (und zwar innerhalb drei Wochen nach stattgehabtem Parteicongreß) drei Revisoren zu wählen. Die Revisoren haben nach Anweisung des Parteiausschusses mindestens einmal monatlich das Kassenwesen des Blattes zu revidiren, jederzeit auf Verlangen dem Parteiausschuß, beziehentlich der Controlcommission, sowie einem jeden Parteicongreß Bericht zu erstatten und Rechenschaft abzulegen.“

Jorck: Auf dem vorigen Congreß wurde zur Ueberwachung des Parteiorgans ein Verwaltungsausschuß gewählt, der sich jedoch nicht bewährt hat. Ich glaube, daß die Revisoren besser am Platze sind.

Der Antrag 6 wird angenommen.

Moteller: Der Punkt 7 lautet:

„Der Ausschuß ist verpflichtet, die vierteljährliche Abrechnung der Parteicasse, sowie die Casse des „Volksstaat“, nachdem beide Theile von den zuständigen Parteibehörden geprüft worden sind, jedesmal in der ersten Hälfte des neuen Quartals den Parteimitgliedern gedruckt zur Kenntniß zu bringen.“

Jorck: Der Vortheil, den dieser Antrag der Parteimitglieder bietet, indem sie über den Stand der Parteicasse und des „Volksstaat“ fortwährend unterrichtet sind, springt in die Augen. Ich empfehle ihn zur Annahme.

Der Antrag wird angenommen.

Moteller: Ich eröffne über Punkt 8 der Vorlage (die Breslauer Anträge, die Organisation der Partei betreffend) die Discussion. Ein Theil derselben ist schon erledigt, den anderen bringe ich zur Verlesung. Die Breslauer beantragen:

§ V. Die Formulirung der Parteigrundzüge und die Bestimmungen über Organisation und Agitation liegen dem alljährlich zusammentretenden Parteicongresse mit dem Vorbehalt der Urabstimmung ob.

§ VII. Die Thätigkeit des Ausschusses wird überwacht durch eine aus 11 Mitgliedern bestehende Controlcommission.

§ VIII. Die Congresse bestimmen den Vorort der Partei, den Sitz der Controlcommission und den Vorort für den nächsten Parteicongress. Sie wählen ferner den Parteisecretär und entscheiden über die Höhe seines Gehaltes sowie über etwaige weitere an Parteibeamte zu zahlende Entschädigungen.

§ XI. Für die Ausführung der in den §§ 9 und 10 enthaltenen Bestimmungen ist der jeweilige Ausschuss verantwortlich.

§ XXII. Die Führung der Parteigeschäfte in den einzelnen Orten, in denen die Partei Mitglieder zählt, liegt den Vertrauensmännern ob. Dieselben sind alljährlich und zwar drei Wochen nach stattgehabtem Parteicongress vom Ausschusse zu ernennen und können durch denselben bei nicht pünktlicher Erfüllung ihrer Pflichten von ihrem Amte suspendirt werden. Der Suspension hat unmittelbar die Bestallung eines provisorischen Vertrauensmannes zu folgen, dessen Amtsthätigkeit bis zur endgiltigen Erledigung der Angelegenheit durch die Controlcommission dauert, und der alsdann durch einen definitiven Beamten zu ersetzen ist. Das Urtheil der Controlcommission ist auszugsweise im Parteiorgane zu veröffentlichen.

§ XXIII. Die Vertrauensmänner haben die Pflicht, für die strengste Ausführung der Parteibeschlüsse und der Aufträge des Ausschusses zu sorgen und allmonatlich Berichte über die agitatorische Thätigkeit der Partei und deren Erfolge an ihrem Wohnorte an den Ausschuss zu senden, welche durch denselben gesammelt und vierteljährlich auszugsweise im Parteiorgane veröffentlicht werden müssen.

§ XXIV. Jedem neuen Ausschuss sind binnen 14 Tagen nach seinem Amtsantritte die Namen und die Adressen der amtierenden Vertrauensmänner durch dieselben und die Vorschläge der Mitglieder für die Wiederwahl einzulenden. Orte, welche die Erfüllung dieser Bestimmung versäumen, sind im Parteiorgane an dieselbe zu erinnern.

§ XXVII. Die Redaction und die Expedition des Organs sind für alle Maßnahmen dem Ausschusse, der Controlcommission und dem Parteicongresse verantwortlich und haben ihren Beschlüssen, eventuell nach erfolgtem Instanzrecurs, unbedingt Folge zu leisten.

Geiser: In unserer Organisation ist noch Vieles sehr mangelhaft. Die Breslauer haben mit ihren Anträgen beabsichtigt, die Organisation in ein System zu bringen und dann solche Gesetze zu schaffen, die einerseits den demokratischen Principien mehr entsprechen und andererseits gestatten, die Kräfte der Partei zusammenzufassen. Darum wollen wir die Urabstimmung in die Statuten

aufgenommen wissen und ebenso die Wahl des Secretärs durch den Congress, und nicht durch den Vorort.

Külbel: Die Breslauer scheinen sich in mancher Beziehung, z. B. Bescheidung des Congresses durch Ausschuss und Controlcommission, unklar zu sein, obschon ich gerne zugesteh, daß sie den besten Willen haben, der Partei zu nützen. Die Urabstimmung ist schwerfällig und gefährdet die schnelle Ausführung der Beschlüsse des Congresses. Die meisten Delegirten kennen die Wünsche ihrer Auftraggeber sehr genau und werden auch darnach handeln; zudem haben viele Delegirte bindende Mandate. Bei dieser Lage der Dinge bin ich für Ablehnung der Breslauer Anträge.

Meminger: Die Redaction des Congressprotocolls und der Ausschuss werden die kleine Mühe nicht scheuen, die Organisation übersichtlich mit den hier stipulirten Abänderungen zu formuliren. Sonst bin ich mit Külbel einverstanden, und füge dem nur eine persönliche Ansicht bei: wollte man den Secretär des Ausschusses durch den Congress wählen lassen, dann kommt man dazu, die schweizerische Organisation bei uns durch eine Hintertür einzuführen, nur mit dem Unterschiede, daß der Präsident bei uns Secretär hieße. Ich beantrage zunächst über die Breslauer Vorlagen bis zu § XXIII zur Tagesordnung überzugehen.

Der Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung wird angenommen. Ebenso wird über § XXIII und XXIV nach kurzen Gegenbemerkungen zweier Redner zur Tagesordnung übergegangen, den Rest der Breslauer Anträge zieht Geiser zurück.

Moteller: Die Münchener Parteigenossen beantragen in Punkt 9 der Vorlage:

9. Der Congress möge nach dem Antrage Bebel's zum vorigen Congress den Namen der Partei in „social-demokratische Partei“ abändern.

Der Antrag Roth's, ohne Discussion abzustimmen, wird abgelehnt.

Most: Die Partei recrutirt sich aus Arbeitern. Sich an dem Worte Arbeiterpartei stoßen, heißt sich an den Arbeitern stoßen. Wenn Männer der Wissenschaft und Andere sich blos bewegen scheuen beizutreten, dann brauchen wir sie nicht, dann mögen sie ferne bleiben.

Schneider: Es gibt Leute, die nicht gerade Arbeiter im gewöhnlichen Sinne sind und die sich an dem Worte etwas stoßen. Im Uebrigen liegt in dem Worte Arbeiterpartei eine Wiederholung des Wortes social-demokratisch.

Yord: Ich bin heute noch gerade so Gegner des vorgeschlagenen Namens, als ich es auf dem Eisenacher Congress war, weil die Beibehaltung des Namens Arbeiterpartei mir die Gewähr gibt, daß faule Elemente, die sich überall einschleichen möchten, daß die faulen Elemente der Bourgeois - Demokratie fern gehalten werden.

Nachdem noch Roth und Albert für, Müller, Reist, Heinrichs, Jungmans, Hepner und Hempel gegen den Antrag gesprochen, erhält das Wort

Bedendahl: Ich bin weder Handarbeiter, noch Fabrikarbeiter, aber ein Arbeiter bin ich. Nicht das Schurzfell, nicht der Meißel oder der Hammer macht den Arbeiter. Daß ich ein

Recht habe, mich Arbeiter zu nennen und daß unter diesem Namen nicht bloß Hand- und Fabrikarbeiter verstanden werden, das beweist Ihnen die Ansprache von Duval und der Gruß der romanischen Föderation zu Genf, die uns als ouvriers et travailleurs (Lohn- Arbeiter und Arbeiter aller Arten) anredeten. Ich beantrage mit folgender Motivirung, zur Tagesordnung überzugehen.

In Erwägung, daß der Name Social-Demokratische Arbeiterpartei der ursprüngliche Name der Partei war;

daß dieser Name im In- und Auslande von allen Unter-richteten so verstanden wird, wie er verstanden werden soll, als Name der Partei der „arbeitenden“ Elemente der menschlichen Gesellschaft aller Länder und Nationen im Gegensatz zu der die Arbeit Anderer ausbeutenden Classen und Individuen; in Erwägung, daß die Aenderung des Namens in Wahrheit werthlos sein würde, wenn diese Aenderung des Namens nicht die Aenderung der Prin- cipien enthält oder vorbereiten soll;

daß Niemand an den vollen, gesicherten und ehrlichen Fort- bestand unserer Principien nach einer solchen bedeutungsvollen Namensänderung mehr glauben könnte;

in Erwägung, daß Elemente, welche den Namen Arbeiter nicht als Ehrentamen hochachten, durchaus nicht die Weihe haben, unserer Partei anzugehören;

aus diesen Gründen beschließt der Congreß, den Antrag auf Umänderung des Namens unserer Partei in Social-Demokr. Partei zu verwerfen.

Der Antrag Beckenbahl's wird angenommen.

Noteller: Punkt 10 der Vorlage ist als gleichlautend mit dem Punkt 8, VIII als gefallen zu betrachten. Wir kommen nun zur Berathung der Offenbacher Anträge Punkt 11, 12 und 13. Sie lauten:

11. Daß bei der Aufnahme in die Partei ein Eintrittsgeld von 2 Sgr. oder 7 Kreuzer erhoben werde.

Den Parteibeitrag von 1 Sgr. pro Monat auf 1½ Sgr. im Durchschnitt zu erhöhen, den halben Silbergroschen aber zu einem Unterstützungsfond anzulegen, und zwar, um im äußersten Noth- falle diejenigen Genossen, deren materielle Existenz bei unbedingt erforderlicher agitatorischer Thätigkeit in Fabriken und Werkstätten trotz angewandter Vorsicht geschädigt ist, einigermassen zu unterstützen.

13. Die Unterstützung der Gemafregeln auf dem Wege der Erhöhung der Pflichtbeiträge zu regeln, um der pekuniären Ueberanstrengung eifriger Parteimitglieder zu steuern.

Hord: Ich bin gegen die Erhöhung der Beiträge. Wenn man für Material mehr nehmen will (Statuten zc.) dann bin ich mit einverstanden.

Holzwarth stellt den Antrag auf Uebergang zur Tagesord- nung, der angenommen wird.

14. Der Congreß möge die Organisation dahin abändern, daß die Vertrauensmänner und der Ausschuß zu einem regern Verkehr genöthigt und die ersteren in strengere Abhängigkeit vom Ausschuß gebracht werden, damit die Thätigkeit der Partei mehr eine gleichmäßige und einheitliche werde und die bereits principiell

ausgesprochene Unterordnung der Redaction des „Volkstaat“ wie der übrigen Parteiblätter zur Thatsache werde.

Noteller: Punkt 14 ist von Geiser zurückgenommen.

Die Sitzung ist bis 2 Uhr Nachmittags vertagt.

VI. Sitzung Nachmittag 2 Uhr.

Noteller: Ich gebe bekannt, daß die Präsenzliste mit einem Stande von 54 Delegirten mit 85 Mandaten, die 6127 Mitglieder (ohne die Gewerksgenossenschaften) vertreten, abgeschlossen ist. Unter aller Freund Philipp Becker aus Genf wird einige Worte an die Versammlung richten.

Becker: Arbeiter! Genossen! Wenn ich Euch Einiges über die Arbeiterbewegung in der Schweiz mittheile, so muß ich gleich bemerken, daß nur Wenige eine richtige Vorstellung von derselben haben. Man wähnt vielleicht, die Schweiz als ein freies Land habe den Arbeiter auch von der Herrschaft des Capitals freigemacht. O bei Liebe nicht! Die Arbeiter sind in der Schweiz fast voll- ständig noch am Gängelbände der Bourgeoisie. Der Schweizer, Bourgeois, Bauer, Arbeiter, ist in erster Linie Schweizer, auf die Erhaltung der Unabhängigkeit seines Landes bedacht, eifersüchtig auf Alles, was nicht so ist, wie Er. Dieser nationale Zug des Schweizer wird noch belebt und angefeuert durch die Pflege eines nationalen Cultus, namentlich durch die Wachhaltung des Andenkens an die Befreiungskriege vom Hause Habsburg und die Helven der- selben. In dieser Conformität des nationalen Eifers liegt eine große Schwierigkeit, die Arbeiter von der Bourgeoisie zu trennen. Außerdem sind unter den Organisationen der Arbeiter selbst zwei Feinde der Arbeiterbewegung hindernd entgegengetreten: der Grütli- verein und der Arbeiterbildungsverein. Beide waren revolutionär bis zum Jahre 1848/49; später wurden sie verfolgt, letzterer auf- gelöst, manche der Mitglieder auf den Schub gebracht. In den sechziger Jahren wurde der Verein schlächtern konstruirt und Alles nachgeahmt, was damals in Deutschland geschah. Erst seit Vassalle's Auftreten suchte man sich aus dieser Versumpfung zu befreien. Im Grütliverein machte sich keine Veränderung geltend; die früheren Mitglieder waren geblieben und wurden bei Wahlen als Stimm- vieh gebraucht. In dieser Beziehung ist es in der Schweiz fast ärger noch als in Deutschland. Der Schweizer steht zu sehr unter cantonalem Einfluß, unter dem Rücksichtnehmen auf Gewatter Schneider und Handschuhmacher u. dergl. Und die Heuchelei der- jenigen, die in den Rath kommen wollen, paßt zu dieser gedrückten Stellung sehr vieler Wähler; wenn sonst auch recht stolz, ist der Wahlcandidat zur Zeit der Wahlen äußerst herablassend, um dann auf dem kurulischen Sessel zu sitzen.

Recht schwer ist es in der Schweiz, eine Vereinigung unter den Arbeitern der verschiedenen Cantone herzustellen. Die Welschen sind eifersüchtig auf die Deutschen, und umgekehrt. Dadurch endet ein jeder Ausschwingung zur Bildung größerer Vereinigungen stets mit dem Rücksall in die Cantonalität. Erleuchtete Arbeiter sind immer in der verschwinnenden Minorität.

Die Arbeiter der Schweiz könnten bei richtigem Verständniß

die alte Wirthschaft über den Haufen stürzen. Die internationale Bewegung veranlaßt eine Annäherung. Doch ist, was bis jetzt geschah, noch unbedeutend. Die Gewerkschaftsbewegung in Zürich mit ihrem Cassenwesen und ihren Associationen werden auch die ecentrischen Schweizer endlich zur Bewegung bringen; sie beginnen, seit einem Jahre das Gehörte zu verdauen. Die Weber vereinigen sich nach Einem glücklichen Erfolge, überhaupt ist eine große intercantonale Bewegung im Anzug, von der sich Resultate erwarten lassen. Eine Vereinigung der Arbeiter der Schweiz wird der Vereinigung aller Arbeiter der civilisirten Welt großen Vorschub leisten. Auf diese, die Verbindung der Arbeiter aller Länder, bringe ich ein Hoch!

Hartung ergänzt diese Ausführungen und glaubt, daß durch die locale Organisation, die jetzt Boden gefaßt hat, und durch fortgesetzte Agitation sich eine allgemeine Bewegung des schweizerischen Proletariats vollziehen wird.

Moteller: Ich ersuche Bürger Memminger, das Erkenntniß in Sachen der Controlcommission zu verlesen.

Memminger verliest das Erkenntniß, das also lautet:

„Die vom Congreß der social-demokratischen Partei in Mainz am 9. September 1872 niedergesezte Commission zur Prüfung der Angelegenheiten der Controlcommission hat in ihrer Sitzung vom 9. September 1872 nach Anhörung der Bürger Wille, Mehner und Babing aus Berlin und auf Grund der beigebrachten Actenstücke folgendes Erkenntniß gefällt:

Der § 14 der Organisation der social-demokratischen Partei enthält keine Bestimmung über die Nachwahlen im Falle eintretender Vacanzen bei der Controlcommission. Allerdinge könnte per Analogie aus dem § 10, die Ergänzungswahlen beim Ausschuß betreffend, geschlossen werden, wie dies zu geschehen hätte; allein es entsteht hierbei die Rücksicht, daß zwischen Ergänzungswahlen zum Ausschuß und zur Controlcommission deswegen ein Unterschied ist, weil der letztere über dem ersteren steht und nur den Parteicongreß über sich hat. Dieser Umstand kommt gerade dann in Betracht, wenn es sich um die Entsetzung einzelner Mitglieder von ihrem Amte handelt. Hier entsteht die Frage: wer ist befugt, ein Mitglied der Controlcommission abzusetzen? Während ein Mitglied des Ausschusses von der Controlcommission aus seinem Amte entfernt werden kann, ist bezüglich der Mitglieder der Controlcommission keine Bestimmung in den Statuten getroffen. Wenn gleichwohl die Mitgliedschaft in Berlin die Absetzung eines Mitgliedes der Controlcommission (des Bürgers Mehner) verfügt und an seine Stelle einen Andern (den Bürger Dolinski) gesetzt hat, so ist in dieser Maßnahme noch keine statutenwidrige Handlung zu erblicken, weil das Statut kein dies bezügliches Gebot oder Verbot enthält und weil sie von der Ansicht ausgehen mochte, daß sie als Mandant jederzeit den Mandataren ihr Vertrauen entziehen und sie von ihrem Amte beseitigen könne. Ebenso war Bürger Mehner nicht im Unrecht, als er dem neugewählten Controlcommissionsmitgliede Dolinski seinen Platz nicht räumte, da er auf die Organisation fußte, welche eben bezüglich der Absetzung der Mitglieder der Control-

commission keine Norm angibt und weil ihm überdies betreffs seiner Entsetzung officiell Nichts notificirt worden war.

Aus diesen Gründen beschließt die Commission, um diesen Mangel in der Organisation zu beseitigen, an den Congreß den Antrag zu stellen, er möge dem § 14 der Organisation folgenden Zusatz geben:

„Bei Vacanzen in der Controlcommission ist die Wahl nach dem gleichen Wahlmodus vorzunehmen. Die Wähler haben kein Recht, die gewählten Controlcommissionsmitglieder ohne vorhergehenden Ausschluß aus der Partei ihres Amtes zu entsetzen, dieselben haben aber die Befugniß, ein Mitglied der Commission mit Zustimmung des Ausschusses zu suspendiren. Dem Suspendirten steht der Recurs an den Congreß zu.“

Also beschloßen in geheimer Sitzung zu Mainz am 16. Sept., wobei zugegen waren: Geiser, Vorstzender; Kote, Eckstein, Reichelt, Weisiger; Memminger als Referent.

Die Versammlung erklärt ihre Zustimmung und nimmt den Zusatzantrag zu § 14 der Organisation an.

York: Ich ziehe den Punkt 15 der Vorlage zurück.

Moteller: Ich verlese jetzt Punkt 16 und 17.

16. Sollten Zwistigkeiten zwischen den Parteimitgliedern eines Ortes entstanden und durch den Ausschuß nicht friedlich beizulegen sein, so ist zur Schlichtung der Angelegenheit ein Schiedsgericht von sieben Personen einzusetzen. Das Schiedsgericht wird gebildet durch Parteimitglieder, wovon eine jede der streitenden Parteien zwei, der Ausschuß drei Schiedsrichter zu ernennen hat. Dem Ausspruch des Schiedsgerichts ist sofort Folge zu leisten, jedoch ist eine Berufung an den Congreß, bis zu dessen Zusammentritt es bei dem Ausspruch des Schiedsgerichts sein Bewenden hat, gestattet.

17. Dem § 4 der Geschäftsordnung der Partei folgende Fassung zu geben: Für je 40 Exemplare des Aufnahmematerials (§ 3) haben die Parteigenossen 10 Sgr. = 35 Kr. rh. an die Partaicasse zu entrichten.

Der Betrag für das gewünschte Material ist stets bei der Bestellung im Voraus, baar oder in Briefmarken einzulenden, wogegen die Zusendung franco erfolgen soll.

Wird angenommen.

Moteller: Punkt 18 und 19 lauten:

18. Die Vertrauensmänner, resp. Vereinsvorstände der Partei sind verpflichtet, zur Berathung der Congreßanträge mindestens zwei Partei- resp. Vereinsversammlungen zu veranlassen. Diese Versammlungen müssen so eingerichtet sein, daß die etwaigen Anträge noch rechtzeitig an den Parteiausschuß behufs Veröffentlichung eingeschendet werden können.

19. Alle Abrechnungen über Gelder an den Partaicassirer, an die Expedition des Parteiorgans und über sonstige im Interesse der Partei verwalteten Gelder müssen von den Ortsrevisoren unterzeichnet sein.

Rülbel: Ich beantrage, weil die Unausführbarkeit der Vorlage zum Theil feststeht, über Punkt 18 und 19 zur Tagesordnung überzugehen. — Wird angenommen.

Moteller: Wir kommen zu C. 8, Punkt 32 und 33 der Vorlage, die lauten:

32. Die Eigenthümer, beziehentlich Herausgeber und Redacteurs derjenigen social-demokratischen Blätter, welche gleich dem „Volksstaat“ das Parteiprogramm vertreten, werden zur Förderung der einheitlichen Parteileitung ersucht, mit dem jeweiligen Parteiausschusse eine ständige Verbindung zu pflegen und in solchen Parteiangelegenheiten, welche persönlicher oder agitatorischer Natur sind, mit Veröffentlichungen erst nach getroffener Verständigung mit dem Ausschusse vorzugehen. Der Ausschuss hat über die Ausführung dieses Beschlusses auf dem nächsten Congress Bericht zu erstatten. Sollte das eine oder andere Blatt sich weigern, dem Ersuchen des Congresses nachzukommen, so hat der Ausschuss hiervon den Vertrauensmännern durch Circular Mittheilung zu machen.

33. Der Congress möge berathen, auf welche Art der Ausschuss sich mit den Verwaltungen und Redactionen der Localblätter in Verbindung setzen solle, um für die Partei Vortheile zu erzielen. Kleist: Die erste Vorlage ist eine abgeschmackte Gesezmacherei, die zweite ein frommer Wunsch.

Möst: Ich beantrage Uebergang zur Tagesordnung. — Wird angenommen.

Moteller: Unter C. 9 stehen Punkt 34 und 35.

Hempel: Ich ziehe meinen Antrag unter Punkt 34 zu Gunsten des Punktes 35 zurück.

Moteller: Punkt 35 lautet:

35. Die Unterstützung der Gemafregelten soll nur durch den Ausschuss stattfinden, demzufolge die Parteigenossen verpflichtet sind, die zu diesem Zwecke gesammelten Beiträge unter allen Umständen an den Ausschuss einzusenden.

Ich schlage vor, aus dem Antrage das Wort „nur“ und „unter allen Umständen“ zu streichen.

Möst: Ich bin entschieden gegen die Annahme der Vorlage. Wenn die Unterstützung durch den Ausschuss allein betrieben wird, dann erhalten wieder nur einzelne Gemafregelte Unterstützung. Ein Beispiel! Die Gemafregelten in Chemnitz haben nichts erhalten.

Jord: So lange der Parteiausschuss einen Einfluss auf die Haltung der Localblätter nicht auszuüben berechtigt ist, kann er unmöglich verpflichtet werden, für die gemafregelten Redacteurs dieser Blätter eintreten zu sollen.

Möst: Es ist ein großer Unterschied zwischen Localblättern und Parteiblättern; die Redacteurs werden nicht gemafregelt, weil sie ein Localblatt redigiren, sondern weil sie für die Partei, die Social-Demokratie, einstehen.

Moteller: Es ist Schluss der Debatte beantragt. — Der Antrag wird angenommen.

Bei der Abstimmung wird Punkt 35 mit dem Amendement Moteller angenommen.

Moteller: Zu C. 10 haben die Breslauer Parteigenossen folgenden Antrag gestellt:

36. Der Congress möge beschließen: Eine Anleihe von 1000 Thln. zum Zwecke der unmittelbaren Agitation in der Weise der „Volksstaat“-Anleihe vom vorigen Jahre von den Parteimitgliedern aufzunehmen.

Es ist der Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung gestellt. — Wird angenommen.

Moteller: Punkt 37 lautet:

37. Der Congress wolle beschließen, das System der angestellten und besoldeten Agitatoren in unserer Partei — soweit dasselbe noch bestehe — abzuschaffen.“

Dazu ist ein Antrag von Hochgürtel eingegangen:

Das System der besoldeten Agitatoren in der Partei gänzlich abzuschaffen.“

Es ist zugleich ein Antrag auf Schluss der Debatte eingegangen.

Der Antrag wird angenommen und bei der Abstimmung Punkt 37 und der Antrag Hochgürtel abgelehnt.

Moteller: Wegen der vorgerückten Zeit stelle ich jetzt den Bericht der Controlcommission, dann die Wahl des Vororts für den Ausschuss, des Sitzes der Controlcommission und des nächsten Congresses auf die Tagesordnung. Wenn kein Widerspruch erfolgt, ertheile ich Meßner das Wort.

Meßner: Die Controlcommission suchte immer verhältniß zu wirken. Abrechnungen hat sie nur Einmal vorgenommen und ganz unbedeutende Fehler vorgefunden. Die Meinungsdivergenzen, die zwischen dem Ausschuss und der Commission bestanden, waren gleichfalls nicht erheblicher Natur. Wenn ich einen Antrag stellen dürfte, so wäre es der, die Abrechnung alle 3 Monate vorzunehmen.

Wille: Es dürfte angezeigt sein, daß der Ausschuss der Controlcommission periodisch Bericht erstattete.

Bading: Die Controlcommission soll 1/2-jährige Einsendung der Bilcher verlangen.

Wahlreich: Soll dem Ausschuss die Decharge durch die neue Controlcommission ertheilt werden?

Meßner: Nach dem Erkenntnis der hier niedergesetzten Commission ist dies Sache der alten Controlcommission; diese wird auch das Resultat im Parteiorgan veröffentlichen.

Moteller: Wir gehen an die Wahl des Vorortes für den Ausschuss.

Noth: Ich schlage Nürnberg und Fürth vor, weil dort tüchtige Parteigenossen sind.

Albert: Ich bin gegen diesen Vorschlag; der Ausschuss soll in Hamburg verbleiben.

Memminger: Auch ich war geneigt, für die Verlegung des Ausschusses nach einem andern Orte z. B. Breslau — aber unter keinen Umständen Nürnberg-Fürth — einzutreten. Bei den meisten süddeutschen Parteigenossen herrscht eine Antipathie gegen den Hamburger Ausschuss. Ich würde ganz gewiß auch in dem Sinne meiner Auftraggeber handeln, wenn ich gegen Hamburg stimmen würde. Allein ich glaube, daß sich der Ausschuss das ad notam nehmen wird, was hier an ihm gerügt wurde. Und da es ganz abgesehen von den Rücksichten auf Polizeischikanen gerade unter den jetzigen Verhältnissen, wo das literarische Unternehmen in Angriff genommen wurde, für die Partei eine Verlegung hemmend sein würde, da die neuen Ausschussmitglieder erst längere Zeit haben müßten, sich in all' diese Angelegenheiten hineinzuarbeiten, so ersuche ich Sie, Hamburg beizubehalten und ich selbst bin überzeugt,

daß die Gründe, die für Hamburg sprechen, auch meine Auftraggeber günstig für mein Votum stimmen werden.

Nachdem noch Jord, Moteller, Bahlteich, Burckhardt, Hartung für Hamburg, Grillenberger und Holzwarth für Breslau gesprochen hatten, wird zur namentlichen Abstimmung geschritten, die 12 Stimmen für Breslau, 28 für Hamburg ergibt; zwei Delegirte (Külbel, Roth) enthalten sich der Abstimmung.

Für Hamburg: Memminger (Mürnberg), Schneider (München), Jord (Hamburg), Bahlteich (Chemnitz), Mitke (Berlin), Mehner (Berlin), Albert (Glauchau), Moteller (Crimmitschau), Orbig (Sieben), Walz (Cassel), Feyendecker (Mainz), Lemoisne (Mainz), Bierfuß (Mainz), Hempel (Dresden), Morlock (Eßlingen), Burckhardt (Stuttgart), Junghaus (Witten), Müller (Weimar), Arnoul (Neu-Isenburg), Stollberg (Nugsburg), Schimmels (Mannheim), Klisch (Offenbach), Reichelt (Hannover), Ehrhardt (Darmstadt), Schmidt (Wiesbaden), Hell (Mainz), Hartung (Zürich), Babing (Berlin). Für Breslau: Gäßlein (Dresden), Grillenberger (Mürnberg), Rheingruber (Fürtb), Beckendahl (Fürtb), Geiser (Breslau), Most (Chemnitz), Kleist (Eöln), Heinrichs (Eöln), Hochgürtel (Cassel), Becker (Braunschweig), Holzwarth (Eßlingen), Kuhlmann (Bielefeld). Der Abstimmung enthalten: Külbel (Hamburg), Roth (Frankfurt a. M.). Gesehlt haben: Fischer (Neuduniz), Schneider (Marburg), Heinz (Herborn), Kretschmar (Frankfurt a. M.), Scheu (Wien), Baer (Offenbach), Kert (Heidelberg), Lauer (Niederwalhern), Becker (Genf).

Als Sitz der Controlcommission wird hierauf mittelst Acclamation Breslau, als Ort des nächsten Congresses Nürnberg-Fürtb gewählt.

Moteller: Wir fahren in der Behandlung der gedruckten Vorlage weiter. Punkt 38 ist durch den Antrag Bierfuß (siehe Seite 22) erledigt. Punkt 39 lautet:

„Die Agitation zur Gründung von Parteimitgliedschaften resp. für Gewinnung von Parteigenossen kräftiger und geregelter zu betreiben.“

Es ist der Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung gestellt. Da kein Widerspruch erfolgt, nehme ich an, daß die Versammlung mit dem Antrage, Uebergang zur Tagesordnung, einverstanden ist. Die Anträge 40 und 41 lauten:

40. „Der Congress möge Mittel in Ermägung ziehen, wodurch es ermöglicht wird, eine kräftige Agitation in den großen Industrieorten zu eröffnen.“

41. „Thüringen durch tüchtige Agitationskräfte zu unterstützen, da für Thüringen noch sehr wenig gethan sei.“

Es ist Tagesordnung beantragt. (Angenommen.) Punkt 42 lautet:

Der Congress möge beschließen: „In jeder Stadt, wo mehr als 100 „Volksstaat“ gelesen werden, sind die Parteigenossen verpflichtet, monatlich einen Bericht an den „Volksstaat“ zur Veröffentlichung einzusenden. Der Bericht muß das social-politische Leben der Stadt im Allgemeinen beleuchten und möglichst interessant für alle Parteigenossen gehalten sein. Es bleibt den Parteigenossen

anheimgegeben, diesen Bericht von einer Commission oder einem einzelnen Mitgliede ausarbeiten zu lassen.“

Es ist gleichfalls Tagesordnung beantragt. (Angenommen.) Die Anträge unter Punkt 43 und 44 lauten:

43. „Der Congress möge erklären, daß es den Parteimitgliedern obliegt, mit den bestehenden religiösen Vorurtheilen zu brechen, was nur durch Austritt aus den bestehenden Religionsgenossen, schaften factisch constatirt werden könne.“

44. „Der Congress wolle beschließen, über alle etwaigen Anträge, soweit sie sich auf die Agitation zum Austritt aus der Landeskirche beziehen, als noch nicht zeitgemäß, zur Tagesordnung überzugehen.“

Es ist ein Antrag von Memminger eingelassen: „Der Congress empfiehlt den Parteimitgliedern, nachdem sie durch Anerkennung des Parteiprogramms factisch mit jedem kirchlichen Bekenntniß gebrochen, auch formell ihre Ausscheidung aus allen kirchlichen Genossenschaften zu vollziehen.“

Memminger: Ich bin aus tactischen Rücksichten gegen einen Zwang in dieser Beziehung, weil er der Partei sehr großen Schaden bringen könnte; allein die Frage selbst scheint mir so wichtig, daß der Congress ohne eine Kundgebung nicht über dieselbe hinweggehen darf.

Bei der Abstimmung wird Punkt 43 und 44 abgelehnt, der Antrag Memminger angenommen.

Moteller: Die Münchener Parteigenossen beantragen:

45. „Der Congress möge beschließen resp. dafür Sorge tragen, daß nach Ablauf eines jeden Quartals im „Volksstaat“ durch den Parteiauschuß bekannt gemacht wird

a. die Zahl sämtlicher Parteimitglieder an den einzelnen Orten,

b. in wie weit sich durch die Agitation im verflossenen Quartal die Mitgliedschaft erweitert hat.

Schneider: Mit dem Antrage wurde beabsichtigt, die Mitglieder über den Stand der Partei von Zeit zu Zeit zu unterrichten, worauf sie ein Recht haben.

Becker: Man wird damit den Polizeiorganen einen größeren Gefallen thun, als den Mitgliedern. — Der Antrag wird abgelehnt.

Moteller: Ich verlese die nächsten 3 Anträge, die zu einander in Beziehung stehen:

46. Die Aufgabe jeder Parteimitgliedschaft muß es sein, ein statistisches Bureau an ihren Orten zu begründen und stetig zu erhalten.“

47. Der Congress fordere alle gesetzgebenden Körper zu einer gründlichen Untersuchung der Erwerbs-, Ernährungs-, Wohnungs- und Gesundheits-Verhältnisse der arbeitenden Classe durch wissenschaftlich gebildete Fachmänner auf.“

48. „Der Congress fordert die Parteigenossen allerorts bringend auf, zum Zwecke einer allgemeinen deutschen Arbeiter-Statistik das hierzu nöthige Material gewissenhaft zu sammeln und dem Parteiauschuß ungesäumt zu übermitteln.“

Der Parteiauschuß hat zu diesem Zwecke für geeignete Fragebogen zu sorgen und dieselben an die Parteimitglieder zu verteilen

und ferner ist der Parteiausschuß verpflichtet, für Bearbeitung des eingehenden Materials Sorge zu tragen.“

Schneider: Ich ziehe den Antrag 46 der Münchener zurück.

Hempel: Ich bin gegen den Antrag 47. Meine Parteigenossen würden es für eine Schmach halten, eine unserer Kammern um eine Gnade anzugehen.

Holzwarth: Ich bin von meinen Parteigenossen beauftragt, für Punkt 47 der Vorlage zu stimmen. Wir erreichen vielleicht doch Etwas, und wenn Nichts, dann ist es ein neuer Beweis, wie corrumpt der heutige Parlamentarismus ist.

Becker (Braunschweig): Ich erwarte zwar von einem gesetzgebenden Körper Deutschlands Nichts. Allein darum bin ich noch nicht in allen Fällen gegen das Petitioniren. Eine über Bord geworfene Petition ist gewiß ein nicht zu unterschätzendes Agitationsmittel.

Memminger: Jeder wird sich klar sein, welche Stellung er zu dem Punkt 47 einzunehmen hat. Ich meinerseits stelle den Antrag:

„Über den Punkt 47 mit der Motion zur Tagesordnung überzugehen, daß es mit der Ehre einer Arbeiterpartei unvereinbar ist, an die heutigen Regierungen und gesetzgebenden Körper, von denen sie bisher immer nur getäuscht wurden, eine solche Forderung zu stellen, weil eine Erfüllung derselben absolut nicht zu erwarten ist.“

Bei der Abstimmung wird Memminger's Antrag und Punkt 48 angenommen.

Moteller: Die Punkte 50, 51 und 52 stehen wieder unter sich in innerer Beziehung. Von Punkt 52 ist Absatz 3 bereits erledigt und werde ich denselben nicht mehr zur Verlesung bringen. Die Anträge lauten:

50. „Der Congreß wolle beschließen: darauf hinzuwirken, daß eine Einigung mit den Mitgliedern des Allg. Deutschen Arbeitervereins zu Stande kommt.“

51. Der Congreß wolle die Parteigenossen veranlassen, soweit es mit der Wahrung der Rechte und Selbständigkeit der sozialdemokratischen Partei verträglich, mit den Arbeitern aller Fractionen und namentlich mit denen des Allg. Deutschen Arbeitervereins, sofern sie nicht als Gegner der Social-Demokratie zu betrachten sind, ein brüderliches Zusammengehen zu erstreben.

52. Der Allg. Deutsche Arbeiterverein ist seinen sozialistischen Principien gemäß der einzige natürliche Bundesgenosse der socialdemokratischen Arbeiterpartei, der Congreß beauftragt demgemäß den Ausschuß, ein principiellcs Zusammengehen mit dem Allg. Deutschen Arbeiterverein immer von Neuem zu versuchen,

ferner dafür Sorge zu tragen, daß die Haltung aller dem Allg. Deutschen Arbeiterverein abgeneigten Mitgliedschaften eine verständliche werde,

und die Redaction des „Volksstaat“ unverzüglich jede Polemik gegen den Allg. Deutschen Arbeiterverein und seine Leiter einzustellen, sowie etwa neuereintretende Anfeindungen von Seiten der letzteren mit Schweigen zu beantworten, falls der Ausschuß nicht

ausnahmsweise eine sachgemäße Erwiderung für unbedingt geboten erachtet.

Bei der Abstimmung wird Punkt 52, als der am präzisesten gefaßte Antrag, zuerst zur Abstimmung gebracht und angenommen, damit 50 und 51 als erledigt angesehen.

Moteller: Von den noch übrigen Anträgen ist bereits einer erledigt, und zu Punkt 54 habe ich, weil er erst später eingelaufen ist, die Unterstützungfrage zu stellen. (Wird nicht unterstützt.) Bleibt uns also nur noch der Antrag der Offenbacher Parteigenossen.

Es ist der Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung gestellt. (Wird angenommen.)

Die Offenbacher Parteigenossen beschwerten sich, daß sie ihren Antrag § 53 rechtzeitig eingebracht hätten, trotzdem sei er eben vom Ausschuß zurückgestellt worden.

Jord erklärt hierauf, daß die Offenbacher denselben zwar früh genug gebracht hätten, aber in einer Form, in welcher er nicht ausnahmsfähig war und deshalb zurückgegeben werden mußte, und denn nachher zu spät kam.

Eintritt in die Debatte über die Sache des „Proletarier“.

Stollberg verteidigt die Gesuche um Entschädigung, indem er nachweist, daß der Dresdener Ausschuß die Schuld trage und nicht die Augsburger Parteigenossen, und daß man es dem Proletarier allein zu verdanken habe, daß in Baiern und Süddeutschland unsere Partei und nicht die der Gegner Boden gefunden habe. Sie würden gern noch ein Jahr auf die Auszahlung der Entschädigung warten, wenn es nicht jetzt geschehen könne.

Jord legt in ausführlicher Weise die Sachlage dar und verwendet sich aus Billigkeitsgründen für Verlickstigung der Augsburger Ansprüche.

Burkhardt beantragt Verwendung der Augsburger Parteisteuern zur Tilgung der betreffenden Schuld.

Rißsch spricht sich gegen die ganze volle Auszahlung der Summe aus, weil auch die Augsburger mit Schuld hätten.

Memminger begrüßt, sich verabschiedend, noch die Anwesenden, und versichert ihnen für nächsten Congreß in Nürnberg einen herzlichen Empfang).

Stollberg entgegnet Rißsch, daß sie die Verwaltung später übernommen hätten, ohne für deren frühere Mängel einzusehen zu können und verwendet sich nochmals warm für die Sache.

Jord, gegen den Vorschlag Burkhardt's, als zu lange dauernd, schlägt Dedung durch Volksstaaten und Parteischriften vor und beantragt, es dem neuen Ausschuß zu überlassen, die Angelegenheit binnen Jahresfrist zu regeln.

Stollberg ist Namens der Betheiligten bereit, mit $\frac{2}{3}$ der fraglichen Summe, also mit 60 Thlr., zu quittiren, womit der Congreß sich einverstanden erklärt und auf Antrag Jord's beschließt, diesen Betrag binnen längstens einem Jahre durch Ueberlassung von Volksstaaten und Schriften zu tilgen.

Jord beantragt eine Entschädigung für

- 1) den Parteicassirer und zwar für das vergangene Jahr von mindestens 20 Thlr. zu bewilligen,

2) für die Zukunft entweder sofort eine bestimmte Summe zur Besoldung des Cassirers auszuwerfen oder dies dem Ausschuss zu überlassen.

Nachdem Durlhardt den Antrag unterstützt, indem er aus eigener Erfahrung die Nothwendigkeit einer angemessenen Entschädigung beschrifteten Büne, wird ad 1 angenommen.

Wahlteich beantragt zum 2., bis zum nächsten Congress die Bestimmung über die Entschädigung dem Ausschuss zu überlassen.

Külbel weist aus der Veranlassung zur Gehaltserhöhung des Secretärs nach, daß der Ausschuss, wenn es ihm überlassen bleibe, dem Cassirer sicherlich nicht mehr bewilligen würde, als dessen Versäumniß nothwendig mache.

Jord glaubt, daß der Congress jedenfalls dem Cassirer mehr bewilligen werde, als der Ausschuss, der in Sparsamkeitsrückichten oft Außergewöhnliches leiste, und daß es dem Cassirer nur lieb sein wird, wenn der Congress die zu zahlende Entschädigung selbst bestimmt. Auch ad 2 des Antrags angenommen.

Zierfäß beantragt Schluß für heute Abend, Wahlteich dagegen nur Pause von 1 Stunde. Letzteres wird beschlossen. (7 1/2 Uhr).

Dienstag, 10. September, Abends 8 Uhr.

Angelegenheit Imhof.

Müller verliest die Erklärung mehrerer Arbeiter Erfurts und beantragt: Der Congress wolle die Imhof'sche Angelegenheit untersuchen und denselben für längere Zeit von jeder öffentlichen Thätigkeit suspendiren.

Jord als Referent erklärt, daß auch von Erfurt aus dieser Antrag beim Ausschuss gestellt sei, während von anderer Seite das Gegentheil behauptet würde, da Imhof für die Gewerkschaftsbewegung nützlich sei; die ganze Angelegenheit sei übrigens bei Weitem nicht so wichtig, als es den Anschein erhalten habe, und glaubt, daß Imhof, der die Manie habe, lange und viel zu reden, dies in Zukunft wohl von selbst lassen und dafür mehr Fleiß auf seine eigne Ausbildung verwenden würde und beantragt deshalb, die Sache dem neuen Ausschuss zu überweisen. Der Antrag wird unterstützt.

Müller, erfreut über den Thatbestand, hält aber nach demselben vorbeugende Maßnahmen gegen Imhof für nöthig.

Jord nochmals für seinen Antrag, welchen Moteller vorher erläutert, während Cassel und München Tagesordnung beantragen.

Jord zu Nippold's Angelegenheit: Obgleich Nippold ausgetreten sei, um sich der Ausschließung zu entziehen, sei es doch nicht unwahrscheinlich, daß er an einem andern Orte wieder versuchen werde, aufzutreten. Um dies zu verhindern, sei es nöthig, ihn durch den Congress ausschließen zu lassen, damit ein jeder Vertrauensmann wisse, woran er mit Nippold sei, denn es sei nöthig, Leute, die am Größenwahnsinn leiden und sich für unfehlbar halten, von der Partei fern zu halten. Belege vorzulegen sei nicht nöthig, wohl aber möglich. Nachdem Müller ebenfalls den Sachverhalt erläutert, beschließt der Congress „Nippold aus Gotha für immer aus der Partei auszuschließen und dessen Schuld an die

Partei im Betrage von 23—40 Thlr. mit allen zu Gebote stehenden Mitteln durch den Ausschuss eintreiben zu lassen.

Albert's Antrag: „Mitgliedschaften sind berechtigt, einzelne Mitglieder aus den Ortsmitgliedschaften auszuschließen, eine Ausschließung aus der Partei steht aber nur dem Ausschuss zu“ wird, nachdem Albert und Hempel mit Hinweis auf die Dresdener Erfahrungen dafür, hingegen Külbel dagegen gesprochen, mit Mehrheit angenommen.

Hochgärtel für den Cassel-Münchener Antrag: „Der Congress möge sich dafür verwenden, daß die socialen Ideen mehr unter der Jugend verbreitet würden“ wurde nicht genügend unterstützt.

Eine Zuschrift der romanischen Föderation der Internationalen aus Genf wird verlesen und dann Aufnahme in das Protocoll von Jord beantragt und vom Congress gegen 2 Stimmen genehmigt.

Ein Schreiben von Wintersberg wird vorgelegt und von Wahlteich beantragt, die Aufnahme desselben in das Protocoll dem Gutachten der Redaction zu überlassen, ob Aufnahme stattfinden soll oder nicht. Dagegen im Protocoll zu bemerken, daß man es mit freundlichem Danke aufgenommen habe.

Jord fragt an, wie es mit dem Protocoll gehalten werden solle, ob die Schriftführer dasselbe entgeltig feststellen oder gehalten sein sollten, das Manuscript dem Ausschuss zur Censur vorzulegen.

Bading hält die Censur durch den Ausschuss für unnöthig.

Külbel beschriftet dieselbe, als im Interesse der Partei und einer einheitlichen Redaction liegend.

Wahlteich hält die Censur, welche der Ausschuss zu üben begehre, deshalb für unnöthig, weil zwei der Schriftführer fast am selben Orte wohnhaft seien und auf Grund der eigenen Aufzeichnungen, sowie der ihrer Mitarbeiter die Redaction ausführen könnten.

Jord: Es können möglicher Weise, wenn auch unbeabsichtigt, Ausdrücke gebraucht werden, welche der Polizei eine Handhabe zur Verfolgung zu bieten geeignet wären. Der Ausschuss muß solche Sachen besser verstehen.

Bedendahl: Hätte Jord nicht so viel Gewicht auf die Durchsicht des Manuscriptes gelegt, so würde ich in seiner Forderung nichts Eigenthümliches gefunden und unbefangen meine Arbeit dem Ausschuss eingereicht haben. Da aber der Ausschuss auf diese Censur so großes Gewicht legt, so frage ich, gestattet der Congress dem Ausschuss das Recht, in dem ihm zur Druckbesörderung zugestellten Manuscript Streichungen vorzunehmen und Zusätze zu machen?

Wahlteich: Ich beantrage, Bedendahl fertigt mit Benutzung der Arbeiten der übrigen Schriftführer das Protocoll; der Ausschuss besörbert dasselbe zum Druck und Bedendahl wird vor dem Abdruck die zweite Correctur zur Durchsicht von der Druckerei zugestellt.

Der Antrag Wahlteich's wird angenommen.

Zierfäß beantragt Verschiebung des Congressschlusses auf Morgen, wegen Regelung der Gewerkschaftsfrage.

Heinrich dagegen beantragt Vornahme der Gewerkschaftsberatung, weil Morgen er sowie noch manch Anderer nicht da sein können.

Wahlteich ebenfalls dafür, wogegen Zierfuß entgegnet, daß Morgen höchstens 6—8 Personen weniger da sein würden.

Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen und die Sitzung auf Morgen früh 8 Uhr vertagt, nachdem Schmidt, noch Abschied nehmend, die Versammlung begrüßt hat.

Der Vorsitzende stellt die Frage, ob noch Jemand in Parteiangelegenheiten etwas zu beantragen oder vorzubringen habe. Da dies nicht der Fall, ergreift derselbe das Wort unter Hinweis auf die Kaiserconferenzen im Vergleich zu den Arbeitercongressen, die Frage aufwerfend, welche Tagesordnung für die Zukunft wohl größere Resultate liefern werde für Lösung und Förderung der socialen Tagesfrage und schließt mit dem Wunsche, daß es gelingen möge, bereinst nach deren gründlicher Erlebigung durch die Arbeiterdebatten über die Kaiserconferenzen zur Tagesordnung übergehen zu können, die Verhandlungen.

Ausschußbericht.

Yord: Als wir vor einem Jahre unser Amt antraten, gaben wir uns der Hoffnung hin, der mißlichen Lage, in welcher die Partei sich befand, recht bald Herr zu werden, und rechneten wir dabei auf die gleich aufopfernde Unterstützung aller Parteigenossen, von denen wir erwarten konnten, daß Jeder seine Pflicht erfüllen würde. Heute können wir constatiren, daß wir uns nicht getäuscht haben, und wenn sich unsere Wünsche nicht so rasch und nicht in dem Maße erfüllt haben, als Sie und wir dies gern gesehen hätten, so liegt die Schuld wohl weniger an dem allseitig guten Willen als an Uebelständen, die erst mit der Zeit beseitigt werden müssen, und deren Ausläufer auch jetzt noch, uns mitunter Schwierigkeiten bereiten.

Es dürfte Ihnen nicht unbekannt sein, daß wir die Geschäftsführung mit leeren Händen, ohne einen Pfennig in der Cassa, das Verwaltungs-Conto obendrein noch mit mehreren hundert Thalern Schulden belastet, übernahmen, und bis auf den heutigen Tag, obwohl nunmehr die Schuldenlast bis auf eine geringfügige Summe getilgt ist, hinderte uns dieser Umstand in jeder Weise, an einer erfolgreichen Wirksamkeit. Nicht minder erschwert wurde unsere Thätigkeit, und besonders beim Beginn unserer Geschäftsführung, durch die in Folge der Vorgänge von 70—71 stark durchlöcherete Partei-Verbindung; ja selbst Pünktlichkeit und Parteidisziplin, ohne welche die beste Organisation nur eine schöne Phrase ist, mußte erst wieder Platz greifen.

Nach dieser Richtung mußte zuerst eingegriffen werden, und so erließen wir denn vier Wochen nach unserer Beamtung ein dies bezügliches Circular, aus welchem einige Stellen mitzutheilen auch heut noch nicht überflüssig sein dürfte. Wir sagten da:

„Parteigenossen! Die erste Pflicht, die Euch und uns obliegt, ist; die Parteiorganisation so zu kräftigen, daß wir durch sie endlich zur vollen Machtentfaltung in unserer Parteistellung gelangen können. Der Schwerpunkt unserer Organisation aber ist im Cassenwesen begründet; so lange hier nicht vollständig Ordnung geschaffen, ist es unmöglich, aber auch in jeder Beziehung unmöglich, auch nur im Entferntesten etwas zu bezwecken. Leider ist dies, das schlechte, zerrüttete Cassenwesen, seit lange schon ein wunder Fleck an dem Parteikörper und wenn es uns nicht gelingt, durch Ordnung und Pünktlichkeit, deren jeder Einzelne sich heftigen muß, unserm

Cassenwesen eine gesunde Basis, eine lebensfähige Gestaltung zu geben, so kann und wird die Partei niemals dazu gelangen, eine Achtung gebietende Stellung im staatlichen Parteilieben einzunehmen.“
 „Es ist traurig zu sehen, wie arg die Nachlässigkeit und Saumseligkeit in Erfüllung der Cassenpflichten in vielen Kreisen der Parteigenossen Platz gegriffen hat. Nur einige wenige Mitgliedschaften machen zu einer rühmlichen Ausnahme, was bei Allen die Regel sein sollte.“

„Der eiserne Boden, auf dem unsere Parteiverbindung aufgebaut, sind die Pflichten, die jedes Glied derselben zu erfüllen hat. Durch die regelmäßigen Parteisteuern in erster Linie wird die Organisation getragen.“

„Nenne sich Niemand ein Mitglied unserer Partei, der nicht zur Erhaltung derselben nach Kräften beiträgt. Weil wir uns eine Arbeiter-Partei nennen, muß Jeder, der sich zu derselben bekennt, auch an derselben mitarbeiten. Es ist nicht fein, daß die große Masse sich „Parteimitglieder“ nennender Arbeiter es einer kleinen Minderheit allein überläßt, die Lasten zu tragen.“

„Möge jeder Parteigenosse es beherzigen: Der Werthmesser für die Lebens- und Agitationsfähigkeit der Partei ist vor allem die pünktliche und regelmäßige Zahlung der Parteibeiträge an die Parteidasse! So lange dies nicht Alle ebensogut einsehen wollen, als die Wenigen, die bisher ihren Cassenpflichten regelmäßig nachgekommen sind, möge man doch ja darauf verzichten, sich als die Vorkämpfer für die weiterführende Idee der Socialdemokratie zu geriren!“

Heut können wir constatiren, daß im Cassenwesen bereits Manches sich gebessert hat, Vieles noch gebessert werden wird, weil jetzt, nachdem im verfloffenen Jahre es unsere Hauptaufgabe sein mußte, die Consolidirung der Partei überhaupt zu fördern, die Aufmerksamkeit des Parteiausschusses im nächsten Jahre mehr der innern Organisation und Parteidisciplin zugewandt werden kann.

Der Cassenbericht, wie er Ihnen vorliegt, beweist, daß wir gegen das Vorjahr immerhin bedeutende Fortschritte gemacht haben, und wenn auch die Höhe der eingegangenen Parteisteuern noch Vieles zu wünschen übrig läßt, so können wir doch mit den erhobenen Beiträgen zur Unterstützungscasse vollständig zufrieden sein.

Die Einnahme betrug vom 9. September 1871 bis 31. Januar 1872:

Parteibeiträge	437	Rh.	12	Sgr.	7	Hf.
Unterstützungsgelder	177	"	10	"	7	"
Summa:	614	Rh.	23	Sgr.	2	Hf.

Vom 1. Februar bis 31. August 1872:

Parteibeiträge	591	Rh.	17	Sgr.	5	Hf.
Unterstützungsgelder	879	"	16	"	9	"
Summa:	1471	Rh.	4	Sgr.	2	Hf.

An Parteibeiträgen also insgesamt 1029 Rh. — Sgr. — Hf.

An Unterstützungsgeldern " 1056 " 27 " 4 "

Summa: 2085 Rh. 27 Sgr. 4 Hf.

Specielle Abrechnung wird allen Vertrauensmännern zugesandt werden. Wir empfehlen denselben unter allen Umständen die Parteisteuern allmonatlich an den Hauptkassirer einzusenden. Denn ohne Geld keine Agitation, und ohne Agitation wird die Ausbreitung der Partei nicht in dem Maße fortschreiten, als wir Alle es wünschen, und für nothwendig halten.

Wenn im verfloffenen Jahre die Ausbreitung der Partei nur sehr langsam geschehen und in Betreff der Agitation nicht mehr geleistet wurde, — und Niemand kann wohl mehr bebauern als wir, daß dies eben nicht der Fall war, — so trifft die Schuld die säumigen Zahler, die zwar sich Sozialdemokraten nennen, auch mit rathen, aber nicht mit thaten. Hoffentlich werden die Parteigenossen immer mehr begreifen lernen, daß jeder für die Agitation verwandte Thaler ein gut angelegtes Capital ist, und Sorge tragen, daß dem Partei-Ausschuß ganz bedeutend höhere Beisteuern zur Agitation eingesandt werden. Auf Einzelheiten in Betreff der im verfloffenen Jahre stattgehabten Agitationen einzugehen, können wir um so eher unterlassen, als das Nähere ja aus den Berichten die im „Volksstaat“ veröffentlicht waren, bekannt ist. Inbezug können wir nicht unterlassen hier auf einen Uebelstand hinzuweisen, der vermieden werden muß. Wir haben bemerkt, daß trotz allen und in einzelnen Orten nicht geringen s. g. Localagitationen, weber die Mitgliederzahl an den betreffenden Orten, nach die Zahl der Volksstaatabonumenten daselbst, gestiegen ist. Wir machen deshalb kein Hehl daraus zu erklären, daß wir jede Agitation für eine verfehlte halten wo man gewissermaßen nur agitirt um zu agitiren und Versammlungen abhält, ohne daß die Zahl der Parteimitglieder sich in nennenswerther Weise vermehrt.

Wir empfehlen den Parteigenossen bringend in allen Versammlungen zum Eintritt in die Parteimitgliedschaft sowohl, als auch zum Abonnement auf den „Volksstaat“ aufzufordern, und dahin zu wirken, daß dieser Aufforderung auch Folge geleistet wird. Denn es ist unbedingt nothwendig, daß alle Parteigenossen dafür eintreten, daß die Organisation gekräftigt, die unerlässliche Parteidisciplin von Jedem gefördert wird.

In Betreff der Organisationsfrage liegen Anträge vor, die wir nach reiflicher Erwägung Ihnen zur Annahme empfehlen. Sie werden begreifen, wie sehr in unserer Partei die einheitliche Zusammensetzung aller Kräfte, über die wir verfügen, die Centralisirung der Mittel, die uns zu Gebote stehen, nothwendig ist, wie sehr jeder Einzelne in eifriger Pflichterfüllung dazu beitragen muß, damit dies ermöglicht wird.

Mögen die Parteigenossen nie vergessen, daß der socialistische Geist die Unterordnung des Einzelnen im gemeinamen Interesse bedingt, daß der Geist, der den tohten Buchstaben der Organisation beleben muß, wenn der gesammte Parteikörper groß und mächtig werden soll, die Parteidisciplin ist, die mehr als bisher von uns gefördert zu werden verdient.

Mehrfache, an verschiedenen Orten stattgehabte Streitigkeiten der Mitglieder veranlassen uns, den Antrag auf Errichtung von

Schiedsgerichten zur Annahme zu empfehlen. Desgleichen liegen Anträge vor, die geeignet erscheinen dürften, die Stellung der Redaction des Parteiorganes, dem Ausschuss gegenüber klar zu stellen, sowie die Stellung der localen Parteiblätter zur Centralleitung der Partei zu präcisiren, sowie auch unsere Haltung dem Allg. Deutschen Arb.-Ver. gegenüber zu bestimmen. Was Letztere anbelangt, fühlen wir uns veranlaßt zu erklären, daß wir überall und zu jeder Zeit bestrebt gewesen sind ein friedliches Zusammengehen mit den Mitgliedern dieses Vereins zu ermögliehen. Ebenso haben wir uns den provokatorischen Angriffen des „Neuen Social-Demokrat“ gegenüber, nur abwehrend verhalten.

Es gereicht uns zur größten Genugthuung, mittheilen zu können, daß das, auf dem Stuttgarter Congreß in Vorschlag gebrachte und vom Dresdener Congreß an uns zur Ausführung überwiesene sogenannte literarische Unternehmen, so weit geregelt ist, daß im Laufe des nächsten Monats schon mit dem Druck des „Volksstaat“ in eigener Druckerei begonnen werden kann, und wir bitten die Delegirten, Grund der den Vertrauensmännern zugesandten Circulare für die Ausbringung der erforderlichen Gelder mit Sorge tragen zu wollen.

Ueber den Stand des „Volksstaat“ wird Ihnen besonders Bericht erstattet werden. Wir können hier nur unser Bedauern aussprechen, daß trotzdem wir die größte Sparsamkeit anempfohlen haben, und trotzdem der Abonnentenstand des „Volksstaat“ in diesem Jahre ganz bedeutend gestiegen ist, dennoch die Schuldenlast mehr als um das Doppelte gegen das Vorjahr zugenommen hat. Es wird Sache des Congresses sein, Anordnungen zu treffen, daß die Ursachen, die solches ermöglieht haben, beseitigt werden, über dies kann man fast mit Bestimmtheit behaupten, daß durch das in's Leben treten des literarischen Unternehmens derartige Vorkommnisse ganz von selbst fortfallen werden.

Noch habe ich zu bemerken, daß die auf dem letzten Parteicongreß der Controlcommission zur Prüfung überwiesene Schuldforderung Augsburger Parteigenossen in der bekannten Proletarier Angelegenheit, von dieser abschläglich beschieden wurde. Wir konnten uns diesem Entscheid nicht anschließen, zumal aus Anordnungen des Dresdener Ausschusses hervorgeht, daß die Augsburger Parteigenossen in gutem Glauben gehandelt haben. In Folge dessen haben wir vorgezogen, den Entscheid in dieser Angelegenheit diesem Congreß zu übertragen, und besürworten die Augsburger Parteigenossen, wenn nicht vollständig, jedoch in annähernd ausreichmlicher Weise aus Parteimitteln zu entschädigen.

Der Hamburger Ausschuss ist sich bewußt im Großen und Ganzen seine Pflicht getreulich erfüllt zu haben. Mehr als von uns gethan wurde, konnte unter den gegebenen Verhältnissen nicht geschehen. Da unsere Thätigkeit durch den Braunschweiger, ganz besonders aber durch den Leipziger Hochverrathsproceß nicht ganz unbeeinflusst bleiben konnte, und die außerdem noch in reichlichstem Maße über unsere Partei verhängten Maaßregelungen und Verurtheilungen, beweisen, daß wir auch ohne unser Zuthun uns einer ganz besonderen Aufmerksamkeit der hohen und höchsten Behörden

zu erfreuen haben. Sollten indeß einzelne Delegirte anderer Meinung sein, und da wir uns nicht für unfehlbar halten, ist es ja nicht unmöglieh, daß wir Fehler begangen hätten — so wollen Sie dies offen und frei aussprechen, wir werden Ihnen Rede und Antwort zu stehen haben, und bezweifle ich nicht, daß ein gegenseitiges Einverständnis erzielt werden wird.

Mainz, 11. September 1872.

Protocoll

über die

Verhandlungen der Gewerkschafts-Delegirten.

Vorsitzender: Moteller aus Grimmitzhan.
Stellvert. Vors.: Wahlteich aus Chemnitz.
Schriftführer: Hempel aus Dresden.

Nach Schluß der Verhandlungen des social-demokr. Arbeiter-Congresses wird von Yorck aus Hamburg als Referent Bericht erstattet:

„Der Beschluß des Erfurter Gewerkschaftscongresses, die Gewerkschaftsunion in Leipzig zu domiciliren, sei durch die Leipziger resp. sächsische Polizeibehörde durch unaufhörliche kleinliche Aussetzungen gegen das Statut der Union bis jetzt vereitelt worden, so daß es gar keinem Zweifel unterliegt, daß es mehr die Sache selbst, als das Statut sei, an welchem man Anstoß nehme.

Durch derartige unvorhergesehene Hindernisse sei bislang das Inslebentreten der „Union“ verhindert und die Gewerkschaften vor die Alternative gestellt, entweder einen andern Ort als Domicil der „Union“ zu wählen, oder aber die Angelegenheit auf gänzlich veränderter Basis ins Leben zu rufen, und würde Referent aus mehrfachen Gründen vorschlagen, die „Union“ in Berlin bei der Behörde anzumelden, zumal auf Grund des preuß. Vereinsgesetzes bereits ähnliche Gewerkschaftsorganisationen, wie die von der sächsischen Polizei verhinderte Gewerkschafts-Union in Preußen unbeanstandet ins Leben getreten seien. Auch unterläge es gar keinem Zweifel, daß in Berlin die organisatorischen Kräfte zu finden wären, um die ganze Angelegenheit endlich zum Abschluß zu bringen.

Auch Thüringen wurde zur Domicilirung der Gewerkschafts-Union empfohlen.

Moteller empfiehlt die Gewerkschafts-Union als Genossenschaftsangelegenheit, gestützt auf das Genossenschaftsgesetz, zu behandeln und als Versicherungs-Gesellschaft ins Leben zu rufen.

Yorck bemerkt hierzu noch, daß es vielleicht möglich sei, alle drei Wege zugleich einzuschlagen. Wenn es auf einem oder dem andern fehlschlage, so schade dies nichts, auf jeden Fall würde doch das Ziel dabei erreicht werden.

Da jedoch in Bezug auf den dritten Vorschlag die Berathung über ein neues Statut auf Grund des Handelsgesetzbuches für die anwesenden Delegirten nicht thunlich sei, schlage er vor, eine bestimmte Persönlichkeit damit zu beauftragen.

Rößsch schlägt noch Hessen als Domicil der Gewerkschaftsunion vor, weil hier gleichfalls ein freies Vereinsgesetz die ungehinderte Entfaltung derselben begünstige.

Yorck dagegen befürwortet nochmals die Unterstellung unter das Handelsgesetz wegen der dadurch gebotenen Möglichkeit der größeren Ausdehnung des Unternehmens in Bezug auf die Einrichtung der Unterstützungs- und Versicherungscassen.

Estlein: Bereits voriges Jahr sei darüber berathen worden und sei man schon damals mit Moteller darüber einverstanden gewesen, durch ein Rückversicherungs-Institut der Sache eine feste Grundlage zu geben. Er schlage vor, daß Moteller unter Zuziehung verschiedener Rechtsgelehrten das Statut ausarbeiten könne. Als Sitz der Gewerkschafts-Union schlage er Weimar vor.

Lehndecker sieht nicht ein, warum man erst in solchen Städten Versuche machen wolle, wo man voraussehen kann, daß Schwierigkeiten entgegengestellt werden. In Hessen-Darmstadt würden solche Schwierigkeiten nicht entstehen, und um Kosten zu ersparen, schlage er vor, zuerst mit der Domicilirung in Hessen den Versuch zu machen.

Yorck: Die Sache liege doch noch etwas anders, denn in Berücksichtigung verschiedener Gesetzesbestimmungen sei es zweifelhaft, ob das Statut, wenn es auch zehnmal in Hessen genehmigt werde, auch in Sachsen, in Baiern oder sonst wo anerkannt würde, während es doch gerade darauf ankomme, Gleichheit durch die Union zu erzielen. Da gerade Sachsen und Baiern die meisten Schwierigkeiten verursachen, so komme es vor Allem darauf an, uns durch diese verschiedenartigen Vereinsgesetze bestimmen zu lassen, die Domicilirung in einem Staate zu ermöglichen, dessen Vereinsgesetze voraussehen lassen, daß andere Staaten dann Schwierigkeiten nicht mehr machen werden.

Wo die Union domicilirt wird, sei weniger wichtig, weil dadurch noch nicht bedingt sei, daß auch die Verwaltung daselbst sich befinden müßte, welche vielmehr an einem ganz andern Orte bestehen könne. Und um keine Zeit zu verlieren, wünsche er, den Versuch mit dem Handelsgesetzbuch, als den sichersten, zunächst zu machen.

Moteller führt als Beweis für die Schwierigkeiten in Sachsen das Beispiel der Aufhebung der Manufakturarbeiter-Gewerkschaften an und macht besonders darauf aufmerksam, daß man durch die Versuche, uns zurückzuschlagen, die Arbeiter kopfschmerz machen und erwidern wolle, weshalb es durchaus nicht rathsam sei, officielle Versuche mit solchen Orten, wo dies zu befürchten, zu machen.

Man solle lieber auf dem eigenen Boden der Bourgeoisie zu operiren versuchen und abwarten, ob die Behörden es auch da riskiren würden, uns als außerhalb der Gesetze stehend, zu behandeln. Redner hält es nicht für unmöglich, daß das: „Ja Bauer, das ist ganz was Anderes“, die Gleichheit der Arbeiter vor dem Gesetz, auch auf diesem Gebiet sehr deutlich kennzeichnen wird.

Trotzdem hält Redner diesen Versuch für den vortheilhaftesten, da er auch geeignet sei, der Sache den Bourgeois und Zünftlern

gegenüber mehr Ansehen und Gewicht zu geben. Er schlage deshalb vor, eine Commission mit der Vornahme der nöthigen Vorarbeiten zu beauftragen, um auf handelspolitischem Gebiete mit Unterlassung anderweiter Versuche vorzugehen.

Rösch befürchtet Mißstimmung unter den bereits mit Unions-Statuten versehenen Gewerkschaftsmitgliedern, weil wir nicht verlangen oder erwarten könnten, daß diese Arbeiter die Sache sogleich ebenso übersehen und beurtheilen werden, wie wir es hier können.

Yorck erläutert, daß der geringe Betrag für Statuten kein Gegenstand sei, um die Sache aufzuhalten, auch die bereits verausgabten Statuten sehr leicht durch neue ersetzt werden können.

Lehenderer: Wir tragen ja die Schuld nicht an der Nothwendigkeit der Statuten-Änderungen, die lediglich nur den betreffenden Behörden zur Last falle, und sind wir in dieser Beziehung vollständig gerechtfertigt.

Yorck befürchtet nur noch eine mehrmonatliche Einziehung wenn außer der Anmeldung bei dem Handelsgericht nichts weiter geschehe; es könnte trotzdem inzwischen durch ein anderes Genossenschaftsstatut und Anmeldung bei den zuständigen Behörden die Angelegenheit im Gang erhalten werden.

Moteller findet dies zwar nicht im Widerspruch gegen unser Vorgehen, allein man könne ja die Angelegenheit ganz gut so lange hinhalten, bis die Eintragung ins Handelsgesetzbuch erfolgt sei.

Estlein schlägt hierauf Grimmitzschau als Sitz der zu wählenden Commission vor, jedoch erklärt Moteller sich dagegen, da dort er und alle andern Kräfte zu stark schon in Anspruch genommen seien.

Nachdem auch Yorck aus demselben Grunde wie von Grimmitzschau abgelehnt und von Leipzig dasselbe geschieht, schlägt Yorck noch Weimar vor, wo der mit der Sache bereits vertraute Müller die Angelegenheit in die Hand nehmen könne und bemerkt, daß auch in deren nächster Umgebung es nicht an tüchtigen Kräften mangele.

Moteller: Im „Volksstaat“ würden den betreffenden Gewerkschaften die geeigneten Notizen zu geben sein. Er ersucht hierauf Yorck, sich bereit zu erklären, in Hamburg einstweilen ein provisorisches Organisationscomité zur Ausübung von Rückversicherungs-Gewerkschaften zu constituiren und das Weitere zu veranlassen.

Wahlreich erklärt sich gegen die Wahl von Weimar, weil man von da nur den Einen persönlich kenne; er wünscht deshalb Hamburg, wo Yorck mit Unterstützung Motellers die Angelegenheit ordnen könne.

Yorck erklärt sich schließlich unter dieser Voraussetzung bereit dazu und wird, da sich Niemand mehr zum Wort meldet, auf die vom Vorsitzenden gestellte Frage „ob man sich mit seinem Vorschlage einverstanden erklären und Yorck und Moteller mit dessen Weiterverfolgung beauftragen wolke“, zur Abstimmung geschritten, welche die einstimmige Annahme dieses Vorschlages ergab.

Hierauf wurden nach Verlesung und Genehmigung des Protocolls und nachdem mehrere Delegirte in kurzen herlichen Ansprachen zur Ausdauer und zum treuen Festhalten am begonnenen Werk, das trotz allen entgegenstehenden Hindernissen durchgeführt werden müsse, aufgefordert hatten, die Verhandlungen geschlossen.

Nr.	Name des Delegirten	Wohnort des Delegirten	Mit wie viel Mandaten verleben?	Zahl der Mitglieder	Namen der vertretenen Orte
1	L. Eckstein	Dresden	—	115	Kamenz.
2	A. Memminger	Mürnberg	—	50	Regensburg.
	do.	do.	—	30	Ingolstadt.
3	R. Guillenberger	do.	—	150	Mürnberg.
4	G. Rheingruter	Fürth	—	50	Stollberg i. Sachf.
5	F. Beckenbahl	do.	—	86	Fürth.
6	Lh. Kübel.	Hamburg	—	85	Wandsbeck.
	do.	do.	—	71	Hamburg.
	do.	do.	—	30	Altona.
7	B. Geiser	Breslau	—	90	Breslau.
	do.	do.	—	233	Ranzenbiflau, Wei- gelsdorf, Seherdau, Tannenbergl.
8	F. Tischler	Neuditz	—	120	Neuditz.
9	F. Schneider	München	—	150	München.
	do.	do.	—	30	Landshut.
10	Lh. Yorck	Hamburg	—	25	Neudorf.
	do.	do.	—	7	Pfersee.
	do.	do.	—	45	Mülßen St. Nicola
11	J. Most	Chemnitz	—	22	Gera.
	do.	do.	—	30	
	do.	do.	—	20	Lunzenau.
	do.	do.	—	30	Frankenberg.
	do.	do.	—	25	Hainichen.
	do.	do.	—	12	Limbach.
	do.	do.	—	45	Maricnberg.
	do.	do.	—	34	Wittgensdorf.
	do.	do.	—	33	Penig.
	do.	do.	—	30	Toburg.
	do.	do.	—	30	Roßlitz.
12	J. Wahlreich	do.	—	210	Chemnitz.
13	A. Milke	Berlin	—	121	Berlin.
14	W. Bading	do.	—	30	Geyer.
15	R. Kleist	Essen	—	100	Essen.
16	G. Heinrichs	do.	—		
17	J. Hochgürtel	do.	—	36	Hersfeld.
18	Lh. Meyner	Berlin	—	24	Magdeburg.
19	H. Albert	Glauchau	—	60	Weerane.
	do.	do.	—	40	Oberlungwitz.
	do.	do.	—	100	Glauchau.
	do.	do.	—	55	Ernstthal.
20	J. Moteller	Grimmitzschau	—	30	Ronnburg.
	do.	do.	—	323	Grimmitzschau.
21	B. Schneider	Marburg	—	22	Marburg.
22	R. Drbig	Gießen	—	26	Gießen.
23	Ph. Walz	Cassel	—	32	Cassel.
	do.	do.	—	37	Münden.

Nr.	Name des Delegirten	Wohnort des Delegirten	Mit wie viel Mandaten versehen?	Zahl der Mitglieder	Namen der vertretenen
24	Leyendecker	Mainz	—	20	Ronsdorf.
25	A. Zierfah	do.	—	140	Mainz.
26	F. Lemoigne	do.	—		
27	F. Hell	do.	—		
28	F. A. Hempel	Dresden	—	200	Dresden.
29	W. Morlof	Eßlingen	—	150	Eßlingen.
30	Th. Burkhart	Stuttgart	—	50	Stuttgart.
		do.	—	20	Ualen.
	Th. Burkhart	do.	—	6	Tübingen.
	W. Morlof	do.	—	10	Reudlingen.
		do.	—	50	Mezingen.
31	Heinz	Serborn	—	30	Schw.-Gmünd.
32	Th. Junghaus	Witten	—	20	Witten.
33	A. Müller	Weimar	—	20	Weimar.
	do.	do.	—	21	Apolda.
	do.	do.	—	45	Eisenach.
	do.	do.	—	50	Gotha.
34	M. Roth	Frankfurt	—	54	Frankfurt.
35	Gretschmar	do.	—	12	Frankenhausen.
36	W. Arnoul	Neu-Isenburg	—	60	Neu-Isenburg.
37	G. Stollberg	Augsburg	—	41	Augsburg.
38	A. Schimmels	Mannheim	—	25	Mannheim.
39	H. Scheu	Wien	—	25	Wieda am Harz.
40	W. Köllsch	Offenbach	—	70	Offenbach.
41	G. Baer	do.	—		
42	E. Reichelt	Hannover	—	56	Hildesheim.
	do.	do.	—	26	Scharmbeck.
	do.	do.	—	62	Hannover.
	do.	do.	—	25	Bremen.
	do.	do.	—	25	Celle.
43	F. J. Ehrhardt	Darmstadt	—	55	Heppenheim.
	do.	do.	—	24	Darmstadt.
	do.	do.	—	15	Bensheim.
44	W. Schmidt	Wiesbaden	—	28	Wiesbaden.
45	F. Fleri	Heidelberg	—	15	Heidelberg.
46	B. Becker	Braunschweig	—	14	Deffau.
	do.	do.	—	110	Braunschweig.
47	F. Holzwarth	Pforzheim	—	90	Pforzheim.
48	H. Hartung*	Zürich	—	1000	Centralisation d. ver- einigt. Arbeiter-Bil- dungs-Bereins in der Schweiz.
49	L. Rühlmann	Bielefeld	—	12	Bielefeld.
50	H. Lauer	Nieder-Walgern	—	8	Duisburg.
51	J. Ph. Becker	Genf	—	200	Genf.